Die Wirtschafts-Gebiete an der Mittel-Donau vor dem Weltkriege

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät
(philologisch-historische Abteilung)

der

Universität Basel

vorgelegt von

Otto Beck
Wien

Wien 1922
Buchdruckerei der Manzschen Verlags- und Universitäts-Buchhandlung

Genehmigt von der philologisch-historischen Abteilung der philosophischen Fakultät auf Antrag der Herren Professoren *Dr. Robert Michels* und *Dr. Julius Landmann.*

Basel, den 13. Juli 1922.

Prof. Dr. Zinkernagel
Dekan.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Einleitung.

Der Weltkrieg ist in dem blutigsten Aderlaß, den die Geschichte kennt, zusammengebrochen, aber die Weltpanik nagt als schleichende Krankheit an den sich nur schwer erholenden Körpern der Völker; der Geist und der Verstand der Führer suchen in ständigem Kampfe mit den aufgepeitschten Nerven der suggestiven Trieben unterliegenden Massen zwischen Regierenden und Regierten das Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Aber gefahrvoll schwankt, besonders in den Staaten, die an dem Kriege direkt teilgenommen haben, die Wagschale der Autorität gegen die Terrorversuche der oft entfesselten Arbeiterorganisationen. — Das „sauve qui peut" scheint für die internationale Politik der Weisheit letzter Schluß zu sein.

Diese allgemeine Lage in Europa wurde noch verschärft durch das erklärte Desinteressement Amerikas, das wie ein Deus ex machina auf den Kriegsplan trat und nach getaner Arbeit die von ihm gemachten Sieger und Besiegten ihrem Schicksal überläßt; die Sieger trachten durch erbarmungslose Friedensverträge ihre Machtposition dauernd zu gestalten und die Früchte des Sieges voll und ganz zu ernten. Allerdings scheint für diese Ernte bis jetzt die Aussaat zu fehlen, aber gewichtige Stimmen beginnen zu ertönen, die die Rettung Europas vor dem Zusammenbruche seiner alten Kultur nur in einer Versöhnung der Völker auf der Grundlage der Humanität erhoffen, die Völker durch Worte und Taten beeinflussen wollen, das Zeitalter des Imperialismus in einer Symphonie edlen Menschentums, reiner Wahrheit und Gerechtigkeit ausklingen zu lassen.

Mitten in dem Strudel dieser gewaltigen Ereignisse erscheinen Einzelschicksale von Staaten vor dem Auge des Beob-

achters, die den größten Katastrophen der Geschichte von zusammenbrechenden Ländern gleichen, ja sie noch überbieten durch die Höhe des Sturzes von den Zinnen aufstrebender Kultur in die Tiefen willenlosen Elends. Während im Osten der verheerende Feuerbrand des Bolschewismus wütet und ungehemmt das russische Reich verwüstet und verödet, rührt sich kaum eine Hand, um diesen Brand zu löschen. Das Gewissen Europas bescheidet sich mit den Versuchen den Brandherd durch Absperrung zu lokalisieren und das Brandobjekt selbst seinem Schicksal zu überlassen. Aus demselben Geiste heraus wurde inmitten Europas durch das Friedensdiktat ein Mosaik von kleinen Staaten geschaffen, die durch die Sieger teilweise belohnt, teilweise bestraft aus einem großen Wirtschaftskörper hervorgingen, der früher die österreichisch-ungarische Monarchie bildete. Das durch den Vertrag von Versailles gebundene, durch die Drohungen mit der Blockade und durch die Besetzungstruppen niedergehaltene Deutschland ist unfähig, irgend einen Einfluß auf die europäische Politik zu nehmen. In diesem Zeitpunkte begannen zuerst die kleinen Republiken, Sukzessionsstaaten genannt, durch ihre flackernde Existenz und ihre teilweise anormale Entwicklung das Chaos zu vermehren, das das Friedensdiktat über Europa gebracht hat. Es ist das wiedererstandene „österreichische Problem", das Europa wie schon oft in der Geschichte sich zu einer Lösung aufdrängt. Über seine „politische Entwirrung" existiert eine ungeheure Vorkriegsliteratur[1]), besonders in zahlreichen Broschüren; hier soll nur von der rein wirtschaftlichen Seite eine Darstellung gegeben werden, wie sich das österreichische Wirtschaftsgebiet in historischer Entwicklung bis vor dem Weltkriege zusammensetzte, und welche Wirkungen die plötzliche Zerstörung für die Nachfolgestaaten hervorbringen mußte.

---

[1]) Paul Samassa, Der Völkerstreit im Habsburgerstaat, Leipzig 1910. Dr. Karl Renner, Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat, 1902. — Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie, 1906. A. C. Popovici, Die vereinigten Staaten von Großösterreich, Leipzig, 1906. Dr. Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien, 1907. Alfred Fischel, Das österreichische Sprachenrecht, 2. Aufl. Brünn, Verlag Irrgang.

Wenn man vom rein wirtschaftlichen Standpunkt die Entstehung und das Vergehen der großen staatlichen Wirtschaftsgebiete in der Geschichte der Volkswirtschaft betrachtet, wird man vergebens nach einem Vorbild suchen, das den Ereignissen gleichkommt, welche sich beim Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie abspielten. Es ist wohl vorgekommen, daß Staaten ihre Wirtschaftsgemeinschaft auflösten; solche Ereignisse warfen ihre Schatten lange Zeit voraus und es traten irgendwelche handelspolitische Vereinbarungen an Stelle der früher bestandenen Zollgemeinschaft; infolge kriegerischer Entscheidungen erfolgte Verminderung oder Vermehrung größerer Wirtschaftskörper; deren Zerfall aber dauerte viele Jahre, der Zerbröcklungsprozeß ging allmählich vor sich, ebenso wie die Bildung des Zusammenschlusses derselben.

Die Folgeerscheinungen der plötzlichen Zerstücklung der Donaumonarchie sind aber befremdend und unerwartet kompliziert; denn nicht nur jene Teile, deren neue Staatlichkeit die Lasten der Friedensverträge aufgebürdet erhielt, sondern auch die günstig behandelten Nachfolgestaaten können sich keiner wirklich ruhigen wirtschaftlichen Entwicklung erfreuen, da die Unruhe des Nachbarn überzugreifen droht. Es scheinen gewisse wirtschaftliche und kulturelle Voraussetzungen nicht vorhanden gewesen zu sein, auf welchen das System der Friedensverträge aufgebaut werden sollte.

Im allgemeinen ist jetzt der Gedanke verbreitet, daß die durch die dynastisch-militärische Zentralgewalt im Verbande Alt-Österreichs bisher zusammengehaltenen Völker sich gegenseitig unterdrückten und hemmten, daß sie ihre nationale und kulturelle Entwicklung nicht finden konnten und daß eine Zerbrechung dieses Undings von Staatenverband für alle Königreiche, Herzogtümer, Grafschaften und Länder nur eine Erlösung aus dem Joche bringe und für alle Völker und Völkerrassen die nationale Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung bedeute.

Diese Ansicht ist entgegen der früher allgemein für erwiesen gehaltenen Idee einer Notwendigkeit des Donaustaates erst in den letzten dreißig Jahren mehr zum Durchbruch gekommen,

indem der politischen, im Wesen jedoch wirtschaftlichen Zusammenfügung sich die politische Entwicklung des Nationalismus gegenüberstellte, ohne die Struktur des Wirtschaftskörpers, der Produktion und des Handels Alt-Österreichs und Mitteleuropas näher zu beobachten.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Sukzessionsstaaten wurden durch deren staatliche Trennung aufgelöst; sie führen den Notstand ihrer sich nur langsam erholenden Produktion, den Tiefstand ihrer Währungen und ihre durch die ungünstigen Handelsbilanzen schwer gestörten Budgets nur auf Kinderkrankheiten ihrer staatlichen Jugend zurück und hoffen in der Zukunft ihren eigenen unabhängigen Weg mit Erfolg gehen zu können. Drei Jahre sind jedoch vergangen seit dem Dekret des amerikanischen Staatssekretärs Lansing (16. Oktober 1918, Antwort auf die Note des österreichisch-ungarischen Ministers Grafen Andrassy), mit welcher die Monarchie als Staat zu bestehen aufgehört hatte und man sieht sehr wenig von einer Konsolidierung dieser kleinen Staaten. Denn es ist sicher, daß die Währungsverhältnisse verschiedener Länder das Barometer sind, an dem man ihre Produktionsverhältnisse studieren kann.

Es zeigt sich, daß die Sukzessionsstaaten durch ihre Absperrungsmaßnahmen die Schwierigkeiten, einen Schuldausgleich dem Ausland gegenüber zu finden, eher vergrößert haben. Dr. Somary erwähnt in seinem Buch „Die Bankpolitik", daß Deutschland in der Vorkriegszeit für seine Auslandszahlungen von 12 Milliarden Goldmark nur 100 bis 200 Millionen Goldmark in barem als Zahlungsausgleich an das Ausland senden mußte, wogegen die Sukzessionsstaaten bei ihrem großen Importbedarf jeder für sich direkt an das Ausland herantreten müssen, anstatt wie früher, nach gegenseitiger Ergänzung aus dem alten gemeinsamen Wirtschaftsgebiet, nur das absolute Manko an Rohmaterialien und Nahrungsmitteln verlangen zu müssen. Ihre immobilen Produktionsanlagen müssen wechselseitig, gerade in der Periode des allgemeinen Wiederaufbaues, ungenützt bleiben und die Absatzmöglichkeiten ihrer Exportprodukte werden einerseits durch die ausländische Konkurrenz auf dem früher zollgeschützten Markt

des ehemals gemeinsamen Wirtschaftsgebietes geringer, anderseits durch die traurige Wirtschaftslage ihrer alten Kunden erschwert. Diese für die Produktion und die Finanzlage der verschiedenen Staaten unbeabsichtigten Störungen werden nun durch Maßnahmen bekämpft, welche, wie man jetzt sieht, häufig die entgegengesetzte Wirkung haben. Alle Staaten versuchen durch Absperrmaßnahmen, und wechselseitige Erhöhung der Zölle sich vom Ausland unabhängig zu machen, ohne Rücksicht auf die Produktionskosten und natürliche Arbeitsteilung die fremde Konkurrenz auszuschließen und ihren nationalen Ehrgeiz zu befriedigen, indem sie den Verkehr aus den alten erprobten Bahnen ablenken. Der Handel vergeudet durch Überwindung aller dieser künstlich aufgerichteten Hindernisse viel Zeit und Kraft, wird zur Spekulation gedrängt, und bewirkt die starken Preissteigerungen, die wieder die Geldentwertung hervorrufen. In deren Gefolgschaft finden wir dann alle bösen Krankheiten der Wirtschaft und der Seele wie Korruption, Rechtsunsicherheit, Regierungen ohne Autorität, Arbeitslosigkeit, soziale Gärung und nationale Spannungen. Die Budgetierung der Staatshaushalte wird ebenso spekulativ aufgebaut wie die Journalistik — Treu und Glauben sind nicht mehr in Mode. Durchwegs sieht man Kräfte am Werke, denen man nicht die Wirkung und den Erfolg zubilligen kann, die Produktivität des früheren Österreichs wieder aufzurichten und mitten in Europa dauernde Ruhe herzustellen. Deswegen erscheint es vom Standpunkt der Nationalökonomie interessant, zum Ausgangspunkt dieser neuen Wirtschaftsentwicklung zurückzukehren und klarzustellen, wie sich das österreichische Wirtschaftsgebiet vor dem Krieg aufbaute. Dann läßt sich leichter unter Berücksichtigung der dreijährigen Nachkriegserfahrungen erforschen, in welcher Richtung das Heil der Zukunft liegen dürfte.

Zu diesem Zwecke und zur Orientierung darüber, wie nach der Wirtschaftsgeschichte derartige Probleme der Trennung und des Zusammenschlusses von größeren Wirtschaftsgebieten gelöst worden sind, seien einige Beispiele kurz in Erinnerung gebracht.

Gewissermaßen ein typisches Beispiel, wie sich Wirtschafts-

gebiete auf Grund wirtschaftlicher Erwägungen ohne alte traditionelle Zusammenhänge zusammenschließen, finden wir in dem Zollverein des Commonwealth of Australia. Der Commonwealth of Australia besteht aus sechs Staaten: Neusüdwales, Victoria, Queensland, Tasmania, Westaustralien und Südaustralien und ist erst am 1. Jänner 1901 ins Leben getreten. Allerdings stammen die ersten Pläne zu einer Zollvereinigung bereits aus den Jahren 1853 und 1857 und die ersten Verhandlungen über den Zollverein in Melbourne 1871 und 1873 führten zu keinem Resultat, da die zwei wichtigsten Staaten New-Southwales freihändlerisch, Victoria dagegen schutzzöllnerisch verwaltet wurden. Vielerlei Kämpfe auch mit dem englischen Mutterlande, ebenso politische Veränderungen in der Südsee gaben Anlaß zu einem politischen Zusammenschluß der Staaten, dem schließlich 1897 Post-, Telegraph- und Eisenbahnunion und dann die Vereinigung in einen Zollverein folgte. Die Zölle sind ziemlich hoch, da sie die einzige nennenswerte Einnahme des Bundes darstellen. Sie sind vor allem als Finanzzölle zu betrachten[2]).

Auch der Zollverein der Vereinigten Staaten von Nordamerika bildete sich mit der fortschreitenden kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Neuenglandstaaten aus innerer Naturnotwendigkeit, ohne daß irgend welche Überlieferungen aus der geschichtlichen Vergangenheit vorhanden gewesen wären. Allerdings brachte ein politischer Anlaß die langjährigen Bestrebungen zur Gründung eines Zollvereines zwischen den Staaten ins Rollen. Vor dem nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg, der eigentlich durch den Versuch des englischen Parlaments, diesen Kolonien einen mäßigen Zoll auf Tee aufzuerlegen, entstanden war, regelte jeder der Neuenglandstaaten, wenn auch in einer gewissen Abhängigkeit vom Mutterland, seine Handels- und Zollpolitik selbständig. Nach der Befreiung von der englischen Herrschaft überließ die Konföderationsakte von 1776 bis 1781 Zollwesen und Schiffahrt den einzelnen Staaten. Dies führte dann dazu, daß die einzelnen Staaten untereinander

[2]) R. Kranel, Die Entstehung und Bedeutung des australischen Bundesstaates, Preußische Jahrbücher, Bd. 190, 1902.

Zollkriege führten, welche gefährliche politische Konflikte im Gefolge hatten und schließlich vollkommene Anarchie herbeiführten. Nach vielseitigen Verhandlungen und Einzelverträgen zwischen den einzelnen Staaten wurde schließlich in der Konvention von Philadelphia 1787 auch die Zollverwaltung an den Bundesstaat übertragen. Die Einigung der nordamerikanischen Staaten zu einem Zollverein vollzog sich daher trotz des Umstandes, daß während des wirtschaftlichen Aufbaues der modernen Produktionsweise jeder einzelne Staat ein getrenntes Zollgebiet gebildet hat und die Entwicklung der Industrie und des Handels sicherlich diesem Umstande angepaßt gewesen ist. Es mußten also bedeutende Sonderinteressen überwunden werden, damit bei der demokratischen Verfassung der Republik eine Vereinbarung aller Staaten über eine gemeinsame Zollverwaltung erfolgen konnte. Auch in der Begründung dieses Zollvereines sieht man Naturnotwendigkeiten alle Sonderinteressen und zentrifugalen Kräfte in der einzelstaatlichen Wirtschaft überwinden. Nicht zuletzt hat auch die Loslösung Nordamerikas von England zu einer Entwicklung in dieser Richtung gedrängt, wenn auch das Mutterland hiedurch nicht, wie man anfangs fürchtete, schwer geschädigt wurde, sondern seine Handelsbeziehungen vervielfachen konnte. In England dagegen wurden Kräfte frei, welche es befähigten, die weiteren gigantischen kolonialen Aufgaben zu erfüllen, deren Zeuge wir in den letzten dreißig Jahren gewesen sind. Außerdem erhielt England durch die wirtschaftliche Kräftigung der Vereinigten Staaten Nordamerikas, welche durch den Zollverein besonders begünstigt wurde, ein mächtiges Absatzgebiet für seine Industrieerzeugnisse, und für den Export seiner Kolonien, welches jenen mächtigen, technisch meisterhaft organisierten Großstaat schaffen half, den wir jetzt vor der ganzen Welt bewundert und gefürchtet sehen[3]).

Auf dem Wiener Kongreß 1815 erfolgte die Vereinigung

[3]) Olivier, Life of Alex. Hamilton. Otto Hoetzsch, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Onkens, Weltgeschichte. H. E. Hopp, Bundesstaat und Bundeskrieg in Nordamerika. A. Beer, Allgemeine Geschichte des Welthandels, Bd. III, 1.

Hollands und Belgiens als eine der wenigen wirtschaftlichen Maßnahmen, die diese Diplomatenkonferenz hervorbrachte. Belgien, das aus der Herrschaft Frankreichs getreten war, konnte sich durch die Anlehnung an Holland in seiner selbständigen Staatlichkeit wirtschaftlich leichter entwickeln. Wenn die Vereinigung dieser beiden Staaten nur fünfzehn Jahre dauerte, so waren für die Trennung die wirtschaftlichen Verhältnisse nur wenig maßgebend. Beide Staaten liegen an der wichtigsten Straße des Weltmeeres und haben ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten als wie Binnenländer. Auch sind die beiden Wirtschaftsgebiete verhältnismäßig so entwickelt, daß sie nur wenig auf einander angewiesen sind. Dagegen versuchte Belgien zur Aufrechterhaltung seiner hohen industriellen Produktion einen Zollverein mit Frankreich zu schließen, und wollte später auch in den deutschen Zollverein eintreten. Dieser Wunsch in den Zollverein mit Frankreich einzutreten, entwickelte sich sofort nach der Auflösung der Zollgemeinschaft mit Holland 1836[4]).

Ein ähnlicher Fall, daß einem wirtschaftlichen Desinteressement die politische Trennung folgen mußte, liegt bei der Auflösung der Union Schwedens und Norwegens vor. Wenn auch das Zollwesen der beiden Staaten nach § 75 der norwegischen Verfassung selbständig war, wurden die auswärtigen Angelegenheiten, daher auch die Konsulate, gemeinsam geleitet. Nachdem beide Staaten ihre Interessen im Überseehandel hatten, fühlten sich die Norweger dadurch zurückgesetzt, daß das Unionsministerium für auswärtige Angelegenheiten und auch die Konsulate hauptsächlich schwedisch waren.

Die letzten zwei Beispiele zeigen, daß Staaten, welche durch ihre maritime Lage hauptsächlich vom Seehandel leben und ihre Importbedürfnisse dadurch leicht und billig befriedigen können, sich möglichst auf ihre eigenen Kräfte stützen wollen. Diese Staaten sehen in ihrer Kleinheit ihre Sicherheit, wie das im Weltkriege auch tatsächlich feststellbar war[5]).

[4]) Dr. Oskar Guttmann, Ein Zollbündnis zwischen Belgien und den Niederlanden. Untersuchungen über die Handelsbeziehungen zwischen Belgien und den Niederlanden seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Tübingen, 1907.

[5]) Karl Nordlund, Die schwedisch-norwegische Krise, Upsala, 1906.

Besonders instruktiv für die natürliche Entwicklung zum Zusammenschluß von Wirtschaftsgebieten ist die Geschichte des deutschen Zollvereines. In Deutschland herrschten ähnliche Verhältnisse vor, wie sie in Nordamerika sich entwickelt hatten. Jeder Bundesstaat war ein selbständiges Wirtschaftsgebiet und regelte autonom Zoll- und Handelsfragen. Wenn auch Artikel 19 der Wiener Bundesakte bereits bestimmte, daß Zoll- und Handelsfragen gemeinsam beraten werden sollten, wenn auch das Königreich Preußen bereits 1818 einen neuen Zolltarif aufstellte, der alle Binnenzölle beseitigte, wenn auch in den nächsten Jahrzehnten wechselseitig zwischen einzelnen Staaten und Staatengruppen Zollvereinbarungen und Zollvereine gebildet wurden, war doch die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen in dieser Zeitperiode noch nicht genügend weit vorgeschritten, um einen generellen Zusammenschluß aller Einzelstaaten zu ermöglichen. Trotz der Propaganda hervorragender Männer, wie List und Nebenius, scheiterten lange Zeit alle Bemühungen, die süddeutschen oder die oberrheinischen Staaten zu einem Zusammenschluß zu bringen. Doch unaufhaltsam drängten wirtschaftliche Schwierigkeiten zum Zusammenschluß aller deutschen Staaten in einen Zollverein, wenn auch dieses Ereignis sich nur Schritt für Schritt vorbereitete. 1828 wurde der bayrisch-württembergische Zollverein geschaffen, neben dem der oberrheinische Zollverein bestand. Um diese beiden Zollvereine auseinanderzuhalten, schlossen die mitteldeutschen Staaten, von Österreich-Ungarn und Frankreich unterstützt, den mitteldeutschen Zollverein, zu dem auch die Hannover- und Hansastädte gehörten[6]). Die verschiedenen Zollvereine begannen schon 1829 wechselseitige Handelsverträge untereinander zu schließen, welche sich nach kurzer Zeit aus politischen Gründen, besonders durch Einwirkung von England umgruppierten, bis 1836 die verschiedenseitigen zentrifugalen und parteipolitischen Kräfte ihre Wirkung einbüßten und das Bild des deutschen Zollvereines in seiner Gänze sichtbar wurde. Schon im Jahre 1848 war der Gedanke auf-

[6]) Auch die lombardischen Industriellen versuchten wiederholt einen Zollverein mit Österreich, selbst Mitteldeutschland ins Leben zu rufen.

getaucht, ein Zollparlament zu errichten. Es war ein Lieblingsgedanke Bismarcks schon aus seiner Frankfurter Zeit. Nach langen Vorverhandlungen, besonders zwischen Nord- und Süddeutschland, lud Bismarck Vertreter sämtlicher Regierungen nach Berlin ein zu Besprechungen über die Erneuerung des Zollvereines. Hier schlug er einen neuen Vertrag vor, wonach die in der Kompetenz des Vereines gelegenen Maßregeln in Zukunft durch den Zollbundesrat als gemeinschaftliches Organ der Regierungen und durch ein Zollparlament als gemeinschaftliche Vertretung der Bevölkerung getroffen werden sollten. Zu einem Vereinsgesetz sollte die Übereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen erforderlich und ausreichend sein. Am 8. Juli 1867 wurde der neue Zollvereinsvertrag unterzeichnet. Erich Brandenburg[7]) sagt darüber: Der Wirkungskreis des Zollparlaments ist gewiß kein sehr erheblicher gewesen; es hatte im wesentlichen nur bei der Gesetzgebung der Tarife, der Veränderung der Zollgrenzen und dem Abschluß von Handelsverträgen mit auswärtigen Staaten mitzuwirken.

Während alle Staaten, welche vorstehend genannt wurden, ihre Wirtschaftskräfte in selbständigen, voneinander unabhängigen, meistens lange Zeit schutzzöllnerisch verwalteten Gebieten entwickelten, ist der Fall der Nationalstaaten, welche aus der österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgingen, ein wesentlich anderer.

Staaten, welche durch fünf Jahrhunderte in engster Gemeinschaft gelebt hatten, welche in der Zeit des Merkantilismus gemeinsam ihre Produktionsmittel entwickelten, deren Industrie wechselseitig verwurzelt war wie nur irgend möglich, lösten plötzlich alle Bande der Gemeinsamkeit, ohne nur im geringsten jenes Verantwortungsgefühl zu zeigen, das in wirtschaftlichen Fragen gewöhnlich eine Schlußbilanz und reinliche Schlußabrechnung befriedigt.

Dieses nationalökonomische Phänomen der plötzlichen Auflösung einer Großstaatwirtschaft und dessen Folgewirkungen auf seine einzelnen Teile soll einer näheren Betrachtung unterzogen

[7]) Die Reichsgründung, Leipzig, 1916.

werden. Der Rahmen dieser Arbeit ist viel zu klein gesteckt, die vorhandenen statistischen Behelfe zu ungenau, um mit präzisen Werten und Faktoren rechnen zu können, wie sie die Wichtigkeit dieser Verhältnisse verlangen würden. Aber wir wollen wenigstens annähernd Einblick zu bekommen trachten, welchen Einfluß dieses Ereignis auf die Zahlungsbilanz, auf das Währungsproblem, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion der einzelnen Nachfolgestaaten zur Geltung zu bringen sucht; hiebei gilt allgemein, daß alle Sukzessionsstaaten ihre eigenen Hilfsquellen und wirtschaftlichen Kräfte sammelten und alle ihnen zur Verfügung stehenden Verbindungen im internationalen Handelsverkehr bis zur Neige auszunützen bestrebt waren, um möglichst frei von allen traditionellen Zusammenhängen mit ihren früheren Teilhabern auf neuen Grundlagen eine eigene nationale Wirtschaft aufzurichten.

Die Untersuchung der Wirkungen dieses Phänomens soll derart vorgenommen werden, daß zuerst die Tatsachen und Ereignisse erwähnt werden, welche dadurch hervorgerufen wurden und erst in zweiter Linie die Wirkungen zur Besprechung gelangen. Dann sollen die vor dem Zusammenbruch bestandenen Verhältnisse in der Bevölkerungsbewegung, Landwirtschaft, Industrie und Bankwesen vor Augen geführt werden, um zu ersehen, welche Voraussetzungen für den wirtschaftlichen selbständigen Aufbau der Sukzessionsstaaten fehlen und ob diese zu beschaffen sind.

Das große Wirtschaftsgebiet der Monarchie war im Innern freihändlerisch, nach außen gemäßigt schutzzöllnerisch verwaltet worden. Wie gefährlich das Spielen mit wirtschaftlichen Prohibitivmaßnahmen ist, wußten alle Wirtschaftspolitiker aus den Krisen zwischen Serbien und der Donaumonarchie, welch letztere durch die Konflikte wegen Vieheinfuhr sicherlich großenteils in den Weltkrieg hineingedrängt wurde. Aber über allen diesen Erwägungen der Vernunft und der Erfahrung schlugen die hochgehenden Wogen nationalen Chauvinismus zusammen. Die Erfahrung hätte den Völkern sagen müssen, daß z. B. ein Zentralhandelsplatz, eine große Warendrehscheibe, wie es Wien war,

nicht künstlich geschaffen und erhalten werden konnte — die Vernunft hätte ihnen sagen müssen, daß man den Brand des Nachbarhauses vor allem zur eigenen Sicherheit löschen helfen soll. Die Loslösung der Nachfolgestaaten voneinander, respektive die Auflösung der alten Monarchie vollzog sich ungefähr in folgender Weise:

Die vorhandenen Güter und Waren blieben zunächst in dem Land, in welchem sie lagerten, ohne Rücksicht darauf, ob sie aus handelstechnischen oder strategischen Gründen in dem einen Staatsteil angehäuft waren und in dem andern vollständig fehlten. Es ist menschlich begreiflich, daß kein Staatsteil gutwillig etwas herausgab, wenn es noch so überflüssig war, sei es, daß es sich um Eisenbahnmaterial, Kriegsausrüstungen, Maschinen (Sachdemobilisierungsgüter), Nahrungsmittel oder Rohstoffe handelte. Schon durch diese Art der zufälligen Ursachen überlassenen Aufteilung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Werte wurde die Eröffnungsbilanz der neuen Sukzessionsstaaten ungünstig beeinflußt und die Keime der krankhaften Entwicklung der Zahlungsbilanz gelegt, die später deutlicher in die Erscheinung trat.

Die Einstellung des Eisenbahnverkehres und aller direkter Transporte, die absolute gegenseitige Absperrung gegen Personen- und Güterverkehr, begleitet von langwierigen Verhandlungen gegenseitig feindlicher und gereizter Nachbarn bei jedem einzelnen Grenzübertritt von Waren wurden gekrönt durch die Änderung der Währungen, welche aber nicht etwa gleichzeitig, sondern zu verschiedenen Zeitpunkten in jedem Staate innerhalb der zwei ersten Trennungsjahre dekretiert wurde.

Im Gegensatze zu den durch die Kriegsblockade ausgeleerten Warenlagern war die Inflation an Papiergeld zur Zeit des Zusammenbruches schon weit vorgeschritten; immerhin stand die österreichisch-ungarische Krone in Zürich noch im November 1918 auf zirka 42 Centimes. Da jedoch die in den einzelnen Staatsteilen zirkulierenden Noten, die durch verschiedene Verordnungen nationalisiert wurden, dem Bedarfe nicht genügten, war die österreichisch-ungarische Bank vor die Notwendigkeit gestellt, weitere Noten für Rechnung der Suk-

zessionsstaaten zu drucken, ohne eine andere Deckung als Schuldscheine zu erhalten; sie hörte eigentlich auf als Notenbank zu bestehen, blieb jedoch lange Zeit noch gemeinsame Notendruckerei. Die finanziellen Maßnahmen und die Liquidation der österreichisch-ungarischen Bank werden im Kapitel Banken später nochmals erwähnt[8]).

Je nach der wirtschaftlichen Gesamtlage entwickelten sich die so entstehenden verschiedenen Kronenwährungen gegeneinander in verschiedenen Relationen, je nachdem, ob der Nachfolgestaat wie Österreich oder Ungarn mit einer Kriegsentschädigung oder Wiedergutmachung von Kriegsschäden belastet war oder eine im Verhältnis zu diesen Lasten geringe, je nach dem Territorium mehr oder minder große Befreiungsabgabe zu zahlen hatte. Diese sprunghaft einsetzende Verschiedenheit der bisherigen Einheitswährung in den Nationalstaaten wurde noch verschärft durch die sich geltend machende internationale Entwertung, welche seit dem Zerfall der Monarchie bis heute auf den Auslandsmärkten noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Die auf radikal-demokratischen Verfassungen unter großen Zugeständnissen an den Sozialismus sich aufbauenden Staaten drohen unter den sozialen Lasten in den Staatsbudgets, unter den durch die fortschreitende Entwertung der Währungen rapid steigenden Staatsausgaben, durch die teilweise auf die Banknotenpresse, auf Zwangsanleihen und unbedeckte Geldschulden gestützte Finanzwirtschaft zusammenzubrechen. Ihre im Rahmen des Großstaates entwickelten kulturellen Verhältnisse können nicht so rasch eine neue Basis finden, ihre fortschrittlichen Verwaltungen in der Exekutive sich nicht durchsetzen, da die geschulten Beamtenorganisationen zu rasch aufgelöst wurden — dabei zerstören das nackte oder verschleierte

[8]) Über den von den einzelnen Staaten bei Nationalisierung der österr.-ungar. Banknoten und Aufrichtung einer Staatsnotenwährung eingehaltenen Vorgang hat Dr. Friedrich Steiner in seinem Buche: „Die Währungsgesetzgebung der Sukzessionsstaaten Österreich-Ungarn“ (Verlag Verband österr. Banken und Bankiers, Wien, 1921) alles vorhandene Material gesammelt und übersichtlich bearbeitet.

Defizit in den Budgets, die sich entwertenden Währungen und die sozialen Gärungen die Autorität der Regierungen.

Alle Erfahrungen selbst erprobter Nationalökonomen müssen in diesem Wirtschaftschaos versagen, da die verläßlichen Faktoren fehlen, auf dessen Zusammenwirkung jedes Sanierungsprogramm aufgebaut werden muß.

Wenn bisher nicht nur von Staat zu Staat die Kaufkraft der Währung im allgemeinen, sondern auch in jedem einzelnen Artikel fast täglichen Schwankungen unterworfen ist, je nachdem dieser dort produziert oder eingeführt werden muß, wenn diese Währungen auf dem internationalen Markt kaum für möglich gehaltenen Schwankungen unterliegen, in der Not eingegangene Goldzahlungsverpflichtungen aller Sukzessionsstaaten unberechenbare Werte darstellen, dann müssen wohl tieferliegende Ursachen der Grund des Übels sein, als bloß vorübergehende Erscheinungen.

Nach beinahe drei Jahren müßte sich die wirtschaftliche Lage der Sukzessionsstaaten widerstandsfähiger zeigen, während sich eine Konsolidierung nur insoweit geltend zu machen scheint, als der gegenseitige Haß abgebaut wird und der wechselseitige Wirtschaftsverkehr, wenn auch nur in bescheidenstem Maß, sukzessive wieder auflebt[9]).

Die wirtschaftlichen Lebensbedingungen treten trotz der nationalen Urkräfte als gleichwertige Mächte deutlicher in Erscheinung und verlangen Berücksichtigung ihrer Rechte. In Verfolgung der angedeuteten Methode erscheint es gelegen, die einzelnen Faktoren der Volkswirtschaft, wie sie vor dem Zusammenbruch der Monarchie bestanden haben, zu betrachten, ihre Aufteilung vom kulturellen und produktiven Standpunkt zu verfolgen, ihren Überfluß dort, wo er besteht, ihr Fehlen in anderen Teilen, ebenso ihre Ersatzmöglichkeit kritisch hervorzuheben, um so ein Gesamtbild zu schaffen über die Wirkungen, welche dieses einzigartige Ereignis hervorgebracht hat. Ebenso wichtig ist es,

[9]) Handelsübereinkommen zwischen der Republik Österreich und der tschechoslowakischen Republik (4. Mai 1921) und ähnliche Übereinkommen zwischen den anderen Nachfolgestaaten.

die Beeinträchtigungen und die Verbesserungen der Produktionsgrundlagen in den einzelnen Staaten wenigstens in großen Richtlinien zu betrachten, nachdem letzten Endes die Intensität der produktiven Arbeit auf allen Gebieten und der Güteraustausch über Wohl und Wehe der Völker entscheidet.

Wie bereits erwähnt, sind diese Faktoren:

A. Bevölkerung
B. Landwirtschaft
C. Industrie
D. Verkehr
E. Geldwesen und Zahlungsbilanz

} der alten Monarchie und der neueren Staaten.

A. Bevölkerungsbewegung.

Die Bevölkerung der Donauländer hat sich in der Zeit von 1830 bis 1920 nahezu verdoppelt. Hiebei läßt sich im allgemeinen sagen, daß den weitaus größeren Teil des Bevölkerungszuwachses die slawischen Völker hervorgebracht haben. In die industriell tätigen Länder Deutschösterreichs hat eine Einwanderung von Austroslawen seit Jahrhunderten langsam, aber kontinuierlich, stattgefunden, die beinahe planmäßig begünstigt wurde[1]). Der tschechische Unterbeamte, der ungarisch-kroatische Unteroffizier, der tschechische oder polnische Amtsdiener, später der Beamte waren auch in den deutschen Provinzen überall anzutreffen. In Wien und auch in den deutschen Provinzstädten waren nicht nur die Berufe der Hausangestellten und Amtsdiener sondern auch das Schneider- und das Schustergewerbe eine Prärogative der Tschechen. Diese außerhalb der geschlossenen nationalen Siedlungen erwerbsuchenden Menschen lebten in bester Vereinigung mit den Staatsbürgern deutscher Nationalität, eigneten sich rasch deutsche Kultur und Sprache an und oft schon in der zweiten Generation war ihre nationale Abstammung kaum mehr festzustellen. Es wurde behauptet, daß mindestens die Hälfte des Bevölkerungszuwachses von Österreich aus den slawischen Ländern stamme. Besonders Wien war ein Zielpunkt dieser nationalen Binnenwanderung, weil sich in dieser Stadt westländischer Fortschritt in Kultur und Handel, gestützt auf den zähen Fleiß der eingewanderten Arbeiter aller Nationalitäten und verwertet und organisiert durch das assimilationsfähige jüdische, teilweise finanzielle, teilweise kom-

[1]) Dr. Michael Hainisch, Die Zukunft der Deutsch-Österreicher, 1892, Wien.

merzielle Unternehmertum zu einem Reservoir ausbaute, aus welchem der mit der fortschreitenden Erhöhung des Lebensaufwandes steigende Warenbedarf der Donauländer bis weit nach Osten und in den Orient hinein leicht gedeckt werden konnte. Anderseits lieferten die Deutschen der böhmischen Industrie Werkmeister, Maschinisten, Chemiker, Mechaniker, Vorarbeiter und Meister, welche in den Standorten der Fabriken sich ansiedelten und bald tschechisiert wurden, wenn die Arbeiterschaft, mit welcher sie lebten, rein tschechisch war. Bei Beurteilung einzelner Industrien wird der Einfluß dieser nationalen Wanderung mit in Rechnung zu stellen sein. So viel sei im allgemeinen erwähnt, daß sich heute noch beinahe ein Fünfzehntel der Wiener Bevölkerung zur slawischen Nationalität rechnet und besonders in den Industriezentren der Eisenindustrie große tschechische Minoritäten, in der Holzindustrie südslawische Arbeiter ansässig sind. Gerade durch diese innerstaatlichen Wanderungen dürfte sich das Verhältnis zwischen den Nationalitäten in den geschlossenen Siedlungen während dieser letzten hundert Jahre numerisch nicht merklich verschoben haben[1a]). Dagegen hat sich der radikale Nationalismus, dessen Ansätze im Jahre 1848 schon deutlich sichtbar waren bei den Tschechen[2]) und Polen, besonders aber bei den Magyaren[3]) zu einem nationalen Imperialismus ausgewachsen, welcher sich dadurch ungehemmt entwickeln konnte, weil er, ohne den wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhang des Reiches zu stören, auf die politische Vorherrschaft der intellektuellen, akademisch gebildeten Schichten der Nationalitäten aufgebaut war. Der Glaube dieser jungen nationalen Intelligenz an die

[1a]) Paul Samassa, Der Völkerstreit im Habsburgerstaat, Leipzig, Theodor Weicher, 1910, S. 10 bis 11 und 20 bis 30.

[2]) Über das Eindringen des Nationalismus in die Beamtenschaft findet man Näheres in K. Kleinwächter, Der Untergang der österr.-ungar. Monarchie, K. F. Koehler, Leipzig, 1920, S. 247 bis 275.

[3]) Josef von Eötvös, Über die Gleichberechtigung der Nationen in Österreich. Budapest, 1850. Man findet in diesem Buche die Ansätze zu dem magyarischen Imperialismus, wenn auch verborgen und zurückhaltend, als Grundlage der Anschauungen; später stellte sich der Autor bereits auf einen radikalen Standpunkt und widerrief teilweise seine liberalen föderalistischen Vorschläge.

schöpferische Kraft politischer Gedanken, ihr stürmischer Idealismus, welcher die im realen Wirtschaftsleben tätigen Nationsgenossen nicht zu Worte kommen ließ, hatte jeden Zusammenhang mit der historischen Entwicklung der nationalen Ökonomie verloren. Da die Völker durch den vormärzlichen, wenn auch aufgeklärten Absolutismus politisch nicht erzogen worden waren, zeigen die Kämpfe dieser national-extremen Schichten ein wechselseitiges Unverständnis für die anderen Völker, welche mit ihnen in demselben Staat wohnten. Besonders der ungarische Imperialismus, wenn er auch auf anderen staatlichen Voraussetzungen beruhte, erwies sich infolge der Zweistaatlichkeit der Monarchie (Dualismus) als schwer traitabel[4]).

Tabelle I.

Hochschulen und verwandte Lehranstalten.

Deren Besuch durch Hörer deutscher und tschechischer Nationalität.

Standorte und Schulkategorie	1881/1882 Besuch		1899/1900 Besuch		1913/1914 Besuch	
	Tschechoslawen	Deutsche	Tschechoslawen	Deutsche	Tschechoslawen	Deutsche
Universitäten in Prag mit tschechoslowakischer	—	—	3106	—	4557	6
deutscher Vortragssprache	1350	738	87	1194	77	2023
Theologische Fakultät in Olmütz mit deutscher Vortragssprache	160	13	164	18	153	23
Technische Hochschule in Prag mit tschechoslowak.	625	—	1174	—	2425	5
deutscher Vortragssprache	117	239	99	455	33	842
Technische Hochschule in Brünn mit tschechoslowak.	—	—	58	—	541	—
deutscher Vortragssprache	19	124	65	309	26	690
Montanistische Hochschule in Pribram mit deutscher Vortragssprache	19	4	71	23	23	292
Kunstakademie in Prag mit deutscher u. tschechischer Vortragssprache	—	—	68	8	127	29

Anmerkung: In dieser Tabelle erscheint die übrigens geringe Anzahl von Hörern anderer Nationalitäten nicht berücksichtigt.

[4]) Michael Horvath, Geschichte des Unabhängigkeitskrieges in Ungarn 1848—1849. 3 Bde., 2. Aufl., Budapest, 1872. Ferner Josef Redlich, Das öster-

Diese nationalistischen Bewegungen in allen Völkerschaften, deren politisches Programm während der Revolutionszeit, besonders aber auf dem Kremsierer Reichstag 1848 mehr oder minder bekannt wurde, erhielt nun eine ununterbrochene Nahrung durch die Nationalisierung des Schulwesens, ohne daß dieser Umstand von der Reichsregierung genügend gewertet wurde.

Wenn man vorstehende Tabelle über die Hochschulen in Böhmen und Mähren ohne Slowakei betrachtet, findet man, daß im Jahre 1881 2290 Tschechen und 1115 Deutsche, dagegen im Jahre 1914 7962 Tschechen und 3910 Deutsche studierten. Wenn man annimmt, daß vor dem Jahre 1881 die tschechischen Universitäten einen verhältnismäßig geringen Besuch aufwiesen, und man die mittlere Besuchszahl der Jahre 1881 und 1914 als Frequenzziffer der vorausgegangenen 40jährigen Periode annimmt, so findet man, daß vom Jahre 1840 bis 1881 zirka 45.000 und von dem Jahre 1881 bis 1921 zirka 160.000 Akademiker tschechischer Nationalität die Hochschulen verlassen haben. Hiezu kommen noch die Absolventen der Mittelschulen, höheren Gewerbeschulen und Handelsschulen. Diese Ziffern lassen ein ähnliches Verhältnis bei den Polen und Südslawen voraussetzen. Vom Standpunkt dieser Entwicklung sind zwar die parlamentarischen Kämpfe zwischen den Nationalitäten leicht verständlich, die Versuche der Deutschen in Österreich, das zentralistische System aufrecht zu erhalten, aber nicht leicht erklärlich; ebenso unbegreiflich ist der starre ungarische Imperialismus; es wird einmal festgestellt werden, ob nur die schlechte Beratung der Krone während dieser Zeitperiode das Fehlen von rechtzeitigen Maßnahmen, diese Gegensätze auf föderalistischem Wege abzubauen, verschuldet hat. Daß die Monarchie den Weltkrieg überhaupt solange aushalten konnte, läßt sich nur durch das eiserne Gerippe ihres inneren wirtschaftlichen Zusammenhanges erklären. Ihr plötzlicher politischer Zerfall infolge politischer Unaufgeklärtheit und nicht klarer Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, im Weltkrieg vorbereitet, war eine Kriegsfolge, welche das Gleich-

reichische Staats- und Reichsproblem. Eduard v. Wertheimer, Graf Julius Andrassy, 3 Bde., Stuttgart, 1913.

gewicht der mitteleuropäischen Wirtschaft schwer störte. Der Zerfall Österreich-Ungarns hat einen wirtschaftlichen Fäulnisprozeß eingeleitet. Das Donauwirtschaftsgebiet steht in einem Zusammenhange mit dem Rußlands; im Wiederaufbau aller wirtschaftlichen Kräfte im Osten treten daher alle Voraussetzungen immer deutlicher in Erscheinung, die die Vereinigung der Donauländer geschaffen haben; der Pulsschlag der Geschichte setzt nur eine kurze Zeit in den Donauländern aus.

Die Selbständigkeit des ungarischen Verwaltungsgebietes und die durch den Mangel an Transportmöglichkeiten stets fühlbar gemachte räumliche Trennung von Bosnien und der Herzegowina bewirken es, daß die Ausschaltung dieser Gebiete aus dem Rahmen dieser vergleichenden Statistik kaum ins Gewicht fällt, wenn man berücksichtigt, daß die entsprechenden, von demselben vergleichenden Gesichtspunkt zusammengestellten Daten fehlen. Außerdem sind diese Gebiete hauptsächlich für die landwirtschaftliche Produktion in Betracht kommend und bezüglich ihrer industriellen Produktion und dem Verkehrswesen auch ohne Statistik leicht zu übersehen.

Tabelle II.

Aufteiluug Österreichs auf die Nachfolgestaaten.

	km² (100 *ha*)	%	Einw. m	in 1000 w	Person. zusammen	%	*ha* pro Einw.
Alt-Österreich	300.000	100	13.787	14.535	28.324	100	1·05
Neu-Österreich	93.136	31·05	2.321	3.468	6.789	23·97	1·37
Tschechoslowak. Staat (ohne Slowakei)	77.468	25·82	4.888	5.203	10.091	35·63	0·76
Italien	13.561	4·52	603	620	1.223	4·32	1·10
Südslawien	26.909	8·97	708	755	1.463	5·16	2·20
Nordöstl. St. (ehem. Galizien und Bukowina, jetzt Polen und Rumänien	88.935	29·64	4.267	4.491	8.758	30·92	1·01

In der Zusammenstellung (siehe Tabelle II a) fallen vor allem die eingeschränkten Wirtschaftsgebiete auf. Von Alt-Österreich entfallen auf die Republik Österreich zirka 24%, auf die Tschechoslowakei ohne Slowakei und Karpatho-Rußland, die von Ungarn zuge-

Tabelle IIa.

Für das Jahr 1920 werden die Daten für die Größe und Bevölkerung der Nationalstaaten wie folgt angegeben:[5])

	Größe km^2	Einwohnerzahl
Österreich	84.000	6,500.000
Tschechoslowakei	141.000	13,600.000
Ungarn	91.000	7,500.000
Jugoslawien	250.000	13,000.000
Polen mit Ostgebieten	350.000	27,000.000

fallen sind, zirka 35%, auf Polen zirka 31%, auf Italien und Jugoslawien je 5%. Mit der Zerteilung des großen Wirtschaftsgebietes wurden die wirtschaftlichen Fäden zerschnitten, welche diese Gebiete bisher verbunden haben. Schon das frühere Österreich hatte unter der Kleinheit und Zersplitterung des inneren Marktes gelitten, eine spezialisierte Massenproduktion konnte sich nicht im größeren Stile durchsetzen; die Zerreißung hat aber diesen schon früher schwer fühlbaren Übelstand bis zur Unerträglichkeit verschärft.[6])

Tabelle III.

	Berufstätige	Berufslose Selbständige	Angehörige ohne eig. Hauptberuf	Dienstboten	zusammen
Alt-Österreich	14.481	1.539	12.080	470	28.571
in %	50·68	5·39	42·28	1·65	100
Neu-Österreich	3.664	595	2.817	187	7.236
in %	50·45	8·19	38·78	2·58	100

Nach Berufstätigen und sozialen Schichtung geordnet, zeigt sich die höher entwickelte Industrialisierung in Österreich in dem hohen Prozentsatz der Arbeiter, zirka $52^1/_3$%, in der Tschechoslowakei zirka 49% gegen 18% in Polen. Die dichtere bäuerliche Bevölkerung in der Tschechoslowakei und in Polen wird durch den höheren Prozentsatz der Selbständigen charakterisiert: in Österreich 24%, in der Tschechoslowakei zirka

[5]) Allgemeine Depositenbank, Festschrift, Die Volkswirtschaft der Nationalstaaten, Wien 1921.

[6]) Dr. Friedrich Hertz, Produktionsgrundlagen siehe Beispiele hiefür.

Tabelle IV.

Bevölkerungsstatistik

in 1000 Personen.

	Selbständ.	Angestellte	Arbeiter, Lehrlinge, Taglöhner	Mithelfende Familienglieder	zusammen
Alt-Österreich	5.410	620	5.834	4.156	16.020
in %	27·19	4·21	39·40	29·20	100
Neu-Österreich	1.531	254	1.957	683	4.426
in %	34·55	2·60	44·10	15.25	100
Tschechoslowakei	1.792	228	2.700	780	5.502
in %	32·57	4·16	49·09	14·18	100
Nordoststaaten	1.702	102	906	2.220	4.929
in %	34.53	2·06	18·38	45·03	100

$32^1/_2$%, in den nordöstlichen Staaten zirka $34^1/_2$% der Bevölkerung. Die Berufstätigen überhaupt umfassen in Alt-Österreich zirka 52%, in Neu-Österreich zirka 54% der Bevölkerung. Es zeigt sich daraus, daß die produktiven Kräfte in Neu-Österreich keineswegs geringer sind wie in den Sukzessionsstaaten. Das Vorurteil einer großen Zahl von unbeschäftigten Menschen in Wien läßt sich statistisch nicht begründen.

Tabelle V.

	Land- und Forstwirtschaft	Industrie und Gewerbe	Handel und Verkehr	Öffentliche Dienste und freie Berufe	zusammen
Alt-Österreich.	8.506	3.628	1.577	770	14.481
in %	58·74	25·05	10 89	5·32	100
Neu-Österreich	1.608	1.192	597	267	3.664
in %	43·90	32·47	16·33	7·30	100

Diese Tabelle zeigt noch klarer die Situation. In Alt-Österreich waren zirka 59% in der Land- und Forstwirtschaft tätig, in Neu-Österreich zirka 44%. Diese um 15% geringere landwirtschaftliche Bevölkerung wird ersetzt durch Handel und Verkehr, die in Neu-Österreich zirka 16·3% der Bevölkerung beschäftigen und Industrie und Gewerbe, in welchen zirka ein Drittel der Bevölkerung tätig ist. Der Überschuß an Intelligenz weist sich in

der Statistik der öffentlichen Dienste und freien Berufe aus, welche dort 2% mehr der Bevölkerung beschäftigt, wie in Alt-Österreich. Die produktive Beschäftigung und Erhaltung der hier zusammengeströmten ehemaligen Reichsbeamten und Offiziere bildet allerdings ein schwer lösliches Problem der Gesamtliquidation.

Tabelle VI.

Einteilung nach Katastralkulturen in km^2.

	Gesamtfläche	Äcker	Wiesen	Hutweiden und Alpen	Gärten
Alt-Österreich	300.009	106.238	30.712	40.545	3.717
Neu-Österreich	93.136	20.558	9.869	15.933	858
Tschechoslowak. Staat ohne Slowakei	77.468	39.665	6.957	4.098	1.010
Italienischer Staat	13.561	1.263	1.387	3.656	186
Südslawischer Staat	26.909	3.690	2.433	8.063	493
Nordoststaaten	88.935	40.881	10.068	8.794	1.169

	Weingärten	Waldungen	Seen und Teiche	Kulturfläche Summe	Unprod. Fläche
Alt-Österreich	2.419	97.802	509	281.942	18.067
Neu-Österreich	685	35.272	147	83.320	9.816
Tschechoslowak. Staat	58	22.700	—	74.488	2.980
Italienischer Staat	617	4.992	10	12.292	1.269
Südslawischer Staat	1.060	10.114	134	25.987	922
Nordoststaaten	—	24.726	218	75.855	3.079
Slowakei	49.659	—	—	—	—
Karpatho-Rußland	12.097	—	—	—	—

Die Einteilung des Grund und Bodens nach Katastralkulturen zeigt, daß mehr als die Hälfte der unproduktiven Fläche von Alt-Österreich auf Österreich entfallen ist. Wenn man nun die Güte des Ackerbodens im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und die Intensität der Bebauung außer Kalkül lassen muß und nur die Flächenausmaße allein in Anschlag bringt, so findet man, daß von dem Territorium Alt-Österreichs mehr als ein Drittel auf Ackerland fällt, in Neu-Österreich weniger als ein Viertel. In der Tschechoslowakei macht das Ackerland mehr als die Hälfte, im Gebiete der Nordoststaaten etwas weniger als die

Hälfte der neuen Staatsgebiete aus. Dagegen fielen der Republik Österreich an extensiv bewirtschafteten Gebieten, wie Wälder, Hutweiden und Alpen im Vergleich zu den übrigen Sukzessionsstaaten weitaus die größten Anteile zu, zirka 51% des Staatsgebietes. Z. B. entfallen von dem Territorium Alt-Österreichs, das der Tschechoslowakei zugefallen ist, pro Einwohner 0·225 *ha* auf Wälder, in Österreich 0·345 *ha*. Hiebei fehlt bei der Tschechoslowakei die Einbeziehung des slowakischen, beinahe ausschließlich landwirtschaftlichen Territoriums. Die Tabellen entstammen der Einteilung nach Katastralkulturen, basiert auf der Katasterrevision vom Jahre 1896. Diese Tabellen zeigen aber auch, daß die Tschechoslowakei sich, wenn auch in einer günstigeren, doch keineswegs in einer verläßlicheren Lage bezüglich ihrer landwirtschaftlichen Produktion befindet. Auch sie kann ihre Bevölkerung nur schwer ernähren und braucht den Güteraustausch ihrer Industrieerzeugnisse mit den benachbarten Agrikulturländern, besonders Ungarn und Polen. Es erscheint als sehr wichtiges Moment hervorgehoben werden zu müssen, daß die Zollpolitik der Sukzessionsstaaten sie alle in eine traurige Wirtschaftslage gebracht, ihre Kreditfähigkeit untergraben hat und die Hauptschuld an der so ungeheuerlichen Geldentwertung trägt. Wenn trotz der nationalen Bewegung in allen Staaten die Auswanderung die Jugend erfaßt hat und wenn die Bemühungen, eine Rückwanderung der in Amerika lebenden Konationalen anzuregen vorläufig als mißlungen gelten können, zeigt sich die verderbliche Wirkung der Absperrungspolitik auf die unteren Volksschichten. Dr. Rudolf Kjellen sagt: „Das ist der entscheidende Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Österreich-Ungarn in Hinblick auf die Bevölkerung; die verschiedenen Bestandteile in den Vereinigten Staaten haben ihre alte nationale Leidenschaft verloren unter dem Zwange eines geheimnisvollen Geschehens, der sie in eine neue nationale Lebensgemeinschaft einfügt.“ Dieser Vergleich hat für das österreichische Problem eine tiefe Bedeutung, denn mehrere Millionen Slowaken, Ungarn, Polen, Ruthenen usw. sind im Laufe des letzten halben Jahrhunderts nach den Vereinigten Staaten ein-

gewandert, haben dort eine zweite Heimat gefunden; wenn sie auch noch nationale Organisationen besitzen und chauvinistische Politik in der Heimat mit Geld unterstützen, sind sie doch nicht mehr zu repatriieren; die Versuche, Slowaken anläßlich der Bodenreform nach der Slowakei, wo viele Millionen ungenützte Joch Ackerboden frei werden, zurückzubringen, scheitern daran, daß die Mehrzahl der Ausgewanderten, durch den sechsjährigen Krieg an der eventuell beabsichtigten früheren Rückkehr verhindert, sich notgedrungen an die großzügigen Wirtschaftsverhältnisse in den Vereinigten Staaten gewöhnt haben und in der Nähe gesehen, die Verhältnisse in der Heimat zu eng finden. Ist es da nicht verwunderlich, daß Amerika die Zersplitterung in Duodezstaaten Mitteleuropas nicht verhinderte? Daß es den ausgewanderten Konationalen schmeichelt, Abgesandte von der Urheimat zu empfangen, ist begreiflich — bilden die Eingewanderten doch keineswegs den Gegenstand besonderer Beachtung in den Vereinigten Staaten — da gibt der nationale Zusammenschluß einen gewissen Halt im Lande der Trusts und Organisationen.

Aber sicher wissen die meisten amerikanischen Nationalisten gar nicht, welche Folgen ihre Unterstützung der national-imperialistischen Separationsbestrebungen wirtschaftlich auslösten — keine Bahnanschlüsse, alle zirka 150 bis 250 *km* Zollschranken, Zollplackereien, die die Reisenden viele Stunden aufhalten, abgesehen von Zeitverlust und den Kosten der Paßanstellungen und Paßvisa — Störung des Postwesens durch gegenseitiges Mißtrauen, überhaupt Interesselosigkeit an der Entwicklung eines modernen zeitgemäßen Verkehrswesens, von den anderen wirtschaftlichen Schäden gar nicht zu reden. Der Ausbau eines Verkehrsnetzes, wie es die Vereinigten Staaten mit den sechs Pazifikbahnen besitzen, wird da auf unbestimmte Zeit aufgehalten — von den „Vereinigten Staaten Europas" ist weit und breit nichts zu sehen. „The Americanisation of the world"[7]) als ein Naturgesetz scheint noch in weiter Ferne.

[7]) Dr. Rudolf Kjellen, Die Großmächte und die Weltkrise, Leipzig. S. 118. (Stead Hodge 1901).

Der Ausflug nach den Vereinigten Staaten sollte nur den Zweck haben, eine Art wirtschaftlichen Überstaat als Modell vor Augen zu führen, um vergleichsweise die Entwicklung betrachten zu können, die das Bild der kleinen Donaustaaten in der Zukunft geben kann.

In den letzten fünf Vorkriegsjahren, d. i. 1909 bis 1913, sind ungefähr 686.280 Auswanderer aus Österreich und beinahe ebensoviele aus Ungarn nach Übersee verzogen; dieser Auswanderung stand eine Rückwanderung in beiden Staaten von je zirka 30.000 Menschen, besser unterrichtet und wirtschaftlich ausgebildet, als sie vorher waren, gegenüber.

Außerdem fand noch eine Saisonwanderung in die Nachbarstaaten, vornehmlich Deutschland statt, die ungefähr jährlich 350.000 Menschen aus Österreich und Ungarn in Bewegung setzte[8]).

Auch die innerstaatliche Wanderung des jüdischen Elementes, welches die Hauptstütze des Handels bildet, hat sich in der Richtung eines einheitlichen Wirtschaftsstaates und dessen großartiger Entwicklung im letzten Jahrhundert vollzogen. Dieser Umstand ist nicht zu unterschätzen. Es ist interessant, daß das erste Gesetz, welches in den politisch noch getrennten Ländern Österreich-Ungarn und Böhmen übereinstimmend gegeben wurde, vom österreichischen Herzog Friedrich II. 1234 erlassen wurde und den Juden besonderen Schutz verleiht. Es wurde 1251 vom König Bela IV. in Ungarn eingeführt, von König Ottokar II. in Böhmen und Mähren und fand selbst in Polen Eingang. Offenbar hat auch hier das wirtschaftliche Bedürfnis zur Ausbildung der Rechtseinheit geführt und trotz der primitiven Handelsentwicklung der damaligen Zeit bereits Konturen eines wirtschaftlichen Überstaates vorausgeahnt.

Die Übereinstimmung der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich wurde durch die starke Einwanderung deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender sehr gefördert. Sie wurden schon frühzeitig von den böhmischen, polnischen und ungarischen

[8]) Prof. Dr. Rudolf Kobatsch, Die österreichische Volkswirtschaft. Carl Fromme, Wien 1918, S. 24 bis 26.

Fürsten in ihre Länder berufen und haben dort Handel-, Gewerbe- und Städtewesen gegründet. Sie waren Hauptträger der Kulturentwicklung und des wirtschaftlichen Fortschritts und das einheitliche System auf manchen Gebieten der Spezialproduktion ist auf sie zurückzuführen. (F. M. Mayer, „Geschichte Österreichs", III. Aufl. 1909, 1. Bd., S. 181 bis 185, 260, 489.)

B. Über die Aufteilung der landwirtschaftlichen Produktion.

So deutlich wie in der landwirtschaftlichen Produktion weist kein anderes Gebiet menschlicher Tätigkeit die Schäden auf, die durch die Zersplitterung der Großwirtschaft erfolgt sind. Dr. Siegfried v. Strakosch[1]) sagt in seiner bekannten Untersuchung einleitend: „Es ist nicht leicht, ein Bild der Voraussetzungen zu geben, die die Landwirtschaft in Österreich findet. Kaum ein zweites Staatengebilde weist größere Mannigfaltigkeit in klimatischer, topographischer und orographischer Beziehung, aber auch in politischer, nationaler, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht auf als unser Vaterland. Kaum irgendwo gibt es stärkere Gegensätze in bezug auf die natürliche und wirtschaftliche Lage der verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionsstätten. Alle Abstufungen der Bodenformation, von der Ebene mit nur geringer Seehöhe bis zur Hochalpe, dienen dem landwirtschaftlichen Betrieb, die fruchtbarsten, tiefgründigsten Bodenstrecken ebenso wie magere Sand- und Schotterfelder, ja selbst die kümmerlichen Vegetationsgebiete des Karstes. Im Norden gibt es Orte, die weder den Mais noch die Weintraube reifen lassen, und im Süden solche mit üppigen Oliven-, Mandeln- und Orangenpflanzungen", und beschreibt in dieser allgemeinen Betrachtung das ganze ehemalige Produktionsgebiet. Jetzt fehlt in jedem der jungen Staaten irgend ein lebenswichtiges Erzeugnis, dessen Mangel man sich früher nicht bewußt war, das macht die Be-

[1]) Die Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich. Verlag F. Tempsky, Wien, 1917, S. 13.

völkerung ängstlich, beunruhigt ihre Psyche und hemmt ihre Arbeitslust mehr als es in den anderen Staaten der Fall ist, die sich von den Kriegsschäden langsam erholen. Dieses Plus an Produktionsausfall verhindert die Gesundung und schafft Unruhe.

Hier ist nicht der Rahmen, um die ganze einschlägige Materie erschöpfend zu behandeln, doch sollen zum Zwecke einer gewissen, wenn auch oberflächlichen Orientierung, einige Daten angeführt werden.

Aus nachstehenden, alle Nationalstaaten erfassenden Tabellen ergibt sich im früheren Österreich eine Kopfquote für Mehl pro Jahr von 128 *kg*. In den neuen Staaten ergibt sich für die Republik Österreich eine Mehlquote pro Kopf von 77 *kg*, ohne Burgenland, für den tschecho-slowakischen Staat 125 *kg*, ohne Slowakei, und für Ungarn 224 *kg*. Die Normalkopfquote ist mit 144·6 *kg* angenommen. Die zur Verfügung stehenden statistischen Daten sind leider alle ungenügend, um einen diesbezüglichen, alle Details umfassenden Nachweis zu erbringen, doch dürften immerhin, mit Entschuldigung gewisser Fehlergrenzen, die Tabellen einen im allgemeinen richtigen Einblick gewähren. Die Folgerung ergibt sich aus diesen Ziffern von selbst. Über die Aufteilung des Viehstandes gibt die Tabelle 16 nach der Viehzählung vom 31. Dezember 1910 eine zusammenfassende Darstellung.

Im allgemeinen zeigt sich, daß der Viehstand in der Monarchie nicht ungünstig gewesen ist, er war jedoch abhängig von der gegenseitigen Ergänzung durch Zufuhr von Futtermitteln, beziehungsweise von der menschlichen Nahrung dienenden Feldfrüchten aus den Teilen der Monarchie, wo sie überschüssig waren. Nur durch diese Ergänzung war es möglich, die auf den wenig ertragreichen Böden der Alpenländer gereiften Produkte für die Viehfütterung auszunützen.

Nachstehende Daten entstammen dem statistischen Jahrbuch des Ackerbauministeriums. Aus den Kopfquoten und Verhältniszahlen ergibt sich für die neuen Wirtschaftsgebiete der relative Prozentsatz, nach welchem sie vor der Trennung in den ein-

zelnen Produktionszweigen ohne die ungarische Produktion sich gegenseitig ergänzten[2]).

Tabelle I.

Anbauflächen.

Deutschland	48 %
Österreich	24 %
Tschechoslowakei	44·3 %
Ungarn	54 %
Jugoslawien	35 %?
Polen	70 %

Tabelle II.

Zusammenstellung über Brotgetreide (Roggen und Weizen).

	Anbaufläche *ha*	Gesamtertrag *q*	pro Kopf der Bevölkerung	Nach Abzug von 20% Saatgut
Österreich 1913	604.000	8,940.000	144	115
Ungarn 1913	2,100.000	30,000.000	400	320
Tschechoslowakei 1914	1,700.000	25,000.000	184	147

(Festschrift A. D.-B.)

Tabelle III.

Importbedarf an Bodenprodukten der einzelnen Nachfolgestaaten.

Österreich.

35.000 Waggons Brotgetreide
60 % des Fleischbedarfes
50 % der notwendigen Futtermenge
60 % des Eierbedarfes
700.000 Liter Milch
70 % Hülsenfrüchte

Tschechoslowakei.

Zirka 40.000 Waggon Getreide
Überschuß an Kartoffeln, Hopfen, Braugerste und Malz, Zuckerrüben resp. Zucker.

Ungarn.

Überschuß an Brotgetreide zirka 100.000 Waggons
Wein 1 Million Hektoliter, Mais.

---

[2]) Im allgemeinen sei noch bemerkt, daß durch den Ausbau großer Wasserkräfte (Fallwerk) an der Drau und in Dalmatien die Erzeugung von Kunstdünger aus Kalkstickstoff an Jugoslawien gefallen ist, während die andere chemische Großindustrie, welche für die Erzeugung von Kunstdünger in Betracht kommt, sich in der Tschechoslowakei (Aussig, Falkenau) befindet. (s. chemische Industrie.)

Jugoslawien.

Überschuß an Brotgetreide, Mais, Obst, Pflaumen, Wein (Dalmatien) 2 Millionen Hektoliter, Eier, Vieh, Geflügel.

Polen.

Überschuß an Brotgetreide und Kartoffeln, Eiern, Vieh-Export, Geflügel.

(Festschrift A. D.-B.)

Tabelle IV.

Ernteertrag laut Ergebnis 1913.

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais	Kartoffeln	Hülsenfrüchte
			Österreich			
2,900.000	6,041.000	1,800.000	4,660.000	780.000	15,000.000	100.000
			Tschechoslowakei			
9,704.000	15,253.500	15.282.000	16,435.000	2,185.000	82,204.000	?
			Ungarn			
20,822.000	8,923.000	8,150.000	5,306.000	19,434.000	22,577.000	?

(Festschrift A. D.-B.)

Tabelle V.

Weizen.[3])

	Anbaufläche 100 *ha*	Ernte 1913 100 *q*	*q* pro *ha*	*kg* pro Einwohner
Alt-Österreich	12.129	162.275	13·37	57
Neu-Österreich	2.259	34.054	15·07	50
Tschechoslowak. Staat (ohne Slowakei)	3.270	65.231	19·94	64
Slowakei und Karpathorußland	3.336	32·970	10·—	93
Nordoststaaten	5.523	52.324	9·47	59

Tabelle VI.

Roggen.

Alt-Österreich	19.636	270.447	13·77	95
Neu-Österreich	4.489	66.829	14·88	98
Tschechoslowak. Staat (ohne Slowakei)	7.867	139.079	17·68	137
Galizien und Bukowina	6.952	61.591	8.85	71

Tabelle VII.

Gerste.

Alt-Österreich	10.921	175.016	16·02	61
Neu-Österreich	1.582	22.860	14·45	33
Tschechoslowak. Staat (ohne Slowakei)	5.218	109.146	20·91	108
Galizien und Bukowina	3.675	39.805	10·83	45

[3]) Statistisches Jahrbuch des Ackerbauministeriums 1913 unter Berücksichtigung der neuen Grenzen.

Tabelle VIII.

Hafer.

Alt-Österreich	19.047	267.758	14·05	94
Neu-Österreich	3.685	49.791	13·51	73
Tschechoslowak. Staat (ohne Slowakei)	7.437	137.913	18·54	137
Galizien und Bukowina	7.590	76.786	10·11	87

Tabelle IX.

Kartoffel.

Alt-Österreich	12.513	1,136.383	90·81	401
Neu-Österreich	1.834	171.600	93·56	252

Tabelle X.

Zuckerrübe.

Alt-Österreich	2.524	690.574	273·60	244
Neu-Österreich	180	40.362	224·23	59

Tabelle XI.

Wein.

Alt-Österreich	1.480	36.487	24·67	0·52
Neu-Österreich	529	11.413	21·57	0·16

Tabelle XII.

Hopfen.

	Anbaufläche 100 *ha*	Ernte 1913 100 *q*	*q* pro *ha*	*dkg* pro Einwohner
Alt-Österreich	203	856	4·23	3
Neu-Österreich	6	12	2·—	0·004

Auf Grund der Statistik des Ackerbauministeriums vom Jahre 1914 beträgt die Hopfenproduktion:

	Anbaufläche *ha*	Ernteertrag *ha*	Anteil an der Gesamtprodukt.
Alt-Österreich	18.460	164.440	—
Neu-Österreich	2.310	16.873	10 %
Tschechoslowakei	16.170	147.567	90 %

Tabelle XIII.

Lein.

	Anbaufläche 100 *ha*	%	Ernte 1913			
			Samen 100 *q*	%	Flachfaser 100 *q*	%
Alt-Österreich	364	100	1·545	100	223	100
Neu-Österreich	42	11·5	187	12·1	24	10·8
Tschechoslowak. Staat	188	51·8	869	56·2	136	61·2
Nordoststaaten	125	34·4	449	29·1	579	26·0

Tabelle XIV.

Hanf.

Alt-Österreich	231	100	1.009	100	1.334	100
Neu-Österreich	4	1·6	22	2·2	25	1·9
Tschechoslowak. Staat	2	0·9	2	0·2	12	0·9
Nordoststaaten	222	96	965	95·7	1.221	94·5

Tabelle XV.

Hülsenfrüchte.

	Anbaufläche 100 *ha*	Ernte 1914 100 *q*	*q* pro *ha*	*kg* pro Einwohner
Alt-Österreich	1.074	13.577	12·60	4·79
Neu-Österreich	188	2.030	10·79	2·99
Tschechoslowak. Staat	749	10.195	13·61	10·10
Südslawischer Staat	119	1.132	9·51	7·73
Mais, erste Frucht.				
Alt-Österreich	1.880	27.243	14·50	9·61
Neu-Österreich	819	14.355	17·52	21·14
Tschechoslowak. Staat	105	1.876	17·86	1·85
Südslawischer Staat	572	6.068	10·60	41·47
Italienisches Gebiet	327	4.202	12·83	34·36
Kraut, erste Frucht.				
Alt-Österreich	390	67.077	172	23·60
Neu-Österreich	131	16.872	128	24·80
Tschechoslowak. Staat	183	45.053	246	45·50
Südslawischer Staat	48	3.949	82	26 90
Italienisches Gebiet	27	1.199	44	9·08
Heufutter.				
Alt-Österreich	31.452	1,177.919	37·45	417
Neu-Österreich	15.956	591.496	37·03	871
Tschechoslowak. Staat	5.159	218.301	42·31	22
Südslawischer Staat	2.119	70.088	33·07	479
Italienisches Gebiet	1.139	49.679	43·61	401
Futterrüben, erste Frucht und Möhren.				
Alt-Österreich	1.204	279.048	232	98
Neu-Österreich	506	94.054	186	138
Tschechoslowak. Staat	613	176.353	288	175
Südslawischer Staat	67	7.710	115	52
Italienisches Gebiet	17	905	53	8
Kleesamen.				
Alt-Österreich	600	1.337	2·22	—
Neu-Österreich	105	306	2·91	—
Tschechoslowak. Staat	484	1.000	2·06	—
Südslawischer Staat	6	21	3·50	—
Italienisches Gebiet	4	9	2·22	—

Tabelle XVI.

Viehzucht.

Auf 1000 Einwohner entfallen:

	Pferde	Rinder	Ziegen	Schafe	Schweine
Österreich 1910	47	349	37	45	288
1919	39	307	46	50	174
Tschechoslowakei 1910/1911	51	340	52	97	187
Böhmen, Mähren, Schlesien	42	326	65	18	178
Slowakei	81	377	13	388	230
Karpatho-Rußland	58	383	31	252	124
Ungarn	109	319	6	312	441
Jugoslawien	—	388	—	855	315
Polen	—	256	—	—	267
Posen	—	433	—	—	813
Galizien	—	312	—	—	229
Russisch-Polen	—	185	—	—	45

(Festschrift A. D.-B.)

Nutztiere[3]).

	Rinder	%	Pferde	%	Schweine	%	Ziegen	%	Schafe	%
Alt-Österreich	9.160	100	1.803	100	6.432	100	1.257	100	2.428	100
Neu-Österreich	2.668	29·2	337	20·9	2.227	34·6	315	25	427	17·6
Tschechoslow. St.	3.288	35·8	423	29	1.791	27·8	649	51·6	183	7·4
Nordoststaaten	2.733	29·8	976	54·1	2.055	31·9	22	1	548	22·5
Dalmatien	105	1	27	2	71	1	255	20	1.028	42·3

Tabelle XVII.

Versorgung des österreichisch-ungarischen Vertragszollgebietes und seiner einzelnen Teile mit Weizen und Roggen, bzw. den den Getreidequantitäten entsprechenden Mehlmengen im Durchschnitte der Jahre 1909 bis 1913.

Unter Benützung der vom österreichischen Ministerium für Volksernährung publizierten Daten.

[3]) Viehzählung vom 31. Dezember 1910 (Statistisches Jahrbuch des Ackerbauministeriums).

Tabelle XVII.

	Bevölkerung 1000 Einwohner	Mehlertrag *t*	pro Kopf *kg*	Defizit bzw. Überschuß über eine Kopfquote von 144·60 *kg*	Importbedarf (—) bzw. Exportüberschuß (+) abgerundet *t*
Österreich-Ungarn Vertragszollgebiet	51.390	6,587.960	128·19	— 16·41	— 843.000
Alt-Österreich	28.572	2,799.250	97·97	— 46·63	— 1,332.000
Böhmen, Mähren und Schlesien	10.149	1,267.730	124·91	— 19·69	— 200.000
Galizien	8.026	867.170	108·04	— 36·56	— 293.000
Bukowina	800	34.120	42·65	— 101·95	— 81.000
Alpenländer	7.531	581.240	77·18	— 67·42	— 508.000
Krain	526	18.570	35·29	— 109·31	— 57.000
Dalmatien	646	19.670	30·45	— 114·15	— 74.000
Küstenland	894	10.750	12·02	— 132·58	— 119.000
Alt-Ungarn	20.886	3,731.080	178·64	+ 34·04	+ 711.000
Gebiet des heutigen Ungarns	7.482	1,678.986 [3a])	224·40	+ 79·80	+ 597.000
Österreichischer Anteil	345	69.771 [3a])	202·23	+ 57·63	+ 20.000
Tschechoslowak. „	3.636	545.857 [3a])	150 12	+ 5·52	+ 20.000
Südslawischer „	4.026	746.216 [3a])	185·32	+ 40·77	+ 164.000
Rumänischer „	5.347	690.250 [3a])	129·09	— 15·51	— 83.000
Fiume	50	—	—	— 144·60	— 7.000
Bosnien-Herzegowina .	1.932	57.630	29 83	— 114·77	— 222.000

Im allgemeinen ergibt sich daher, daß der durch das einheitliche Wirtschaftsgebiet leicht möglich gewesene und sichere wechselseitige Austausch der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die landwirtschaftliche Produktion seit Jahrhunderten angeregt hat und daß scheinbar gerade in der Regelung der landwirtschaftlichen Produktion die Hauptschwierigkeit der jungen Staaten zu bestehen scheint[4]). Der konservative Bauer sieht in

[3a]) Errechnet auf Grund der Ernteergebnisse des Jahres 1913, in welchem von der Produktion Ungarns an Brotgetreide entfielen: 45 % auf neuungarisches, 1·87 % auf neuösterreichisches, 14·63 % auf tschechoslowakisches, 20 % auf jugoslawisches und 18·50 % auf neurumänisches Gebiet.

[4]) Die zu radikalen, der Entwicklung vorgreifenden Bodenreformgesetze, welche einer Sozialisierung der landwirtschaftlichen Produktion nicht ferne stehen, haben jede Investitionstätigkeit, die nach dem Kriege doppelt notwendig gewesen wäre, gelähmt, und dadurch, ohne bisher besondere praktische Erfolge aufzuweisen, — durch die Nichtveräußerungsmöglichkeit, besonders in der Tschechoslo-

der ungewohnten Einschränkung des Wirtschaftsgebietes eine Gefährdung in seiner Versorgung mit industriellen und gewerblichen Erzeugnissen und trachtet das durch Zurückhaltung seiner Bodenprodukte und Aufspeicherung von Vorräten, welche fortwährende Preissteigerungen bedingen, auszugleichen. Die durch diese Empfindungen begünstigte Interesselosigkeit an dem steigenden Ertrag seiner Wirtschaft und die wieder dadurch beeinflußte Preisbildung aller Waren bildet eine der Hauptursachen der schweren finanziellen Störungen in den Staatshaushaltungen der jungen Republiken. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Österreich, Tschechoslowakei mit Ungarn im Freihandel verbunden ihren Bedarf an Brotgetreide, Vieh und Schweinen leicht aufbringen können, außerdem daß die erheblichen Überschüsse in Nahrungsmitteln aus den anderen Nachfolgestaaten gegen Austausch der Industrieerzeugnisse zu erhalten sind.

Holzindustrie.

Aus den Daten über den Holzbestand geht hervor, daß die Republik Österreich und besonders der tschechoslowakische Staat, wenn man die großen, in dieser Statistik gesondert ersichtlichen Waldbestände der Slowakei in Rechnung zieht, an erster Stelle unter den Sukzessionsstaaten als Holzproduzenten stehen. In beiden Staaten ist die Industrialisierung der Holzverwertung nicht rückständig geblieben, aber organisatorisch sehr ausbaufähig. Das Zentrum des Holzhandels und der Holzindustrie, schon wegen des Donauumschlages, ist aber Wien geblieben, und es werden von den interessierten Finanzkreisen wie in anderen Industrien Studien darüber angestellt, das Holzproduktionsgeschäft durch Vertrustung und Neutralisierung der bestehenden Aktiengesellschaften, deren Sitz in das neutrale Ausland verlegt werden soll, unbehindert durch die neuen Staats-

wakei wurde höchstens der Geldmarkt günstig beeinflußt — den Aufbau der normalen Friedensproduktion empfindlich verzögert; ferner hat die Geldentwertung und Höchstpreispolitik die landwirtschaftliche Produktion und den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte gelähmt; die Landwirtschaft lehnte es ab, einen viel zu niedrigen Preis noch dazu in Papierkronen anzunehmen, während ihre Lasten durch die neuen Landarbeiterlohnverträge ungeheuer steigen.

grenzen organisatorisch zusammenzuhalten, da die Verwertung der in den verschiedenen Sukzessionsstaaten gewonnenen Hölzer nur im Wege eines regen Austauschverkehres innerhalb der früheren Monarchie erfolgen konnte. So benötigt die bedeutende Möbelindustrie in Wien, Prag und Budapest und die Parkettenerzeugung hauptsächlich die aus Kroatien, Slawonien, Bosnien, Südungarn und den Wäldern aus Ostgalizien und der Bukowina stammenden Hölzer, während der durch den Handel gedeckte Brennholzbedarf sich nicht nur in den Städten konzentrierte, sondern von da aus einen regen Exporthandel betrieb. Die durch die Zerreißung der Monarchie hervorgerufenen Transportschwierigkeiten, die verschiedenen Ein- und Ausfuhrverbote, Devisenverordnungen und Währungsschwankungen wirken hemmend auf die Produktion. Holzexporte betreiben in großem Maßstabe Österreich, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Polen, während Ungarn Weichholz einführen muß. Der Holzexport bildet bei den genannten Staaten einen der wichtigsten Aktivposten in der Handelsbilanz. Allerdings haben die holzverarbeitenden Industrien dadurch zu leiden, daß sie die Hölzer, die sie früher im Binnenfreihandel bezogen haben, jetzt unter allen Gefahren der Handels- und Verkehrsbeschränkungen und Währungsänderungen vom Neu-Ausland kaufen müssen. Ihre Exportfähigkeit dem Altausland gegenüber dürfte dadurch späterhin beeinträchtigt werden, falls diese Hemmnisse nicht im Laufe der Zeit beseitigt werden sollten.

Tabelle XVIII.

Holzbestand.

Diese Daten sind einer Aufstellung der Holzwirtschaftsstelle in Wien 1920 entnommen.

	Waldfläche 100 *ha* (*km²*)	%	total	Großwaldbesitz		
				staatl. Besitz 100 *ha*	Fideikommisse	Zuwachs durchschn. 1000 Festm.
Alt-Österreich . . .	97.683	100	51.984	10,498	9.121	30.364
Neu-Österreich . . .	34.978[5])	36	15 425	4.597	1.884	10.266

[5]) Dr. Karl Hudeczek: Die Wirtschaftskräfte Österreichs, März 1920 S. 15. 74% Nadelwald, 8% Laubwald, 18% gemischte Bestände.

	Waldfläche 100 *ha* (*km*²)	%	total	Großwaldbesitz		
				staatl. Besitz 100 *ha*	Fideikommisse	Zuwachs durchschn. 1000 Festm.
Tschechoslow. St. .	23.410	24	15.049	143	6.047	8.158
Jugoslaw. Staat. . .	10.034	10	3.186	415	442	2.266
Italienischer Staat .	5.005	5	2.111	182	—	1.040
Nordoststaaten . . .	24.316	25	16.214	5.161	771	6.633

Der Anfall an Nutz- und Brennholz stellt sich wie folgt[6]):

	Nutzholzanfall 1910		Brennholzanfall 1910	
	hart	weich	hart	weich
	1000 Festmeter			
Alt-Österreich	979	14.506	6.354	9.349
Neu-Österreich	212	4.827	1.455	3.871
Tschechoslowak. Staat	279	5.108	1.021	3.277
Jugoslawischer Staat	144	672	1.116	269
Italienischer Staat	26	208	750	177
Nordoststaaten	318	3.692	2 009	1.658

Sägen.

	Dampf- und elektrische Sägen	Wassersägen
Österreich	275	5196
Tschechoslowakei	775	2163

Über Jugoslawien, Polen und Ungarn sind genaue Angaben ausständig.

Nahrungsmittelindustrie.

Zuckerindustrie.

Nach den Ergebnissen der Verzehrungssteuern, hatten die einzelnen Teile Alt-Österreichs an der Zuckerkampagne 1912/13 die aus folgenden Ziffern zu entnehmenden Anteile:

[6]) Friedrich v. Fellner: Das Volkseinkommen Österreich-Ungarns legt seiner Wertberechnung folgende Preise zugrunde: Nutzholz. Eichenholz *K* 20·—, Buchenholz *K* 5·—, Nadelholz *K* 5·—, Laubholz *K* 5·—. Brennholz. Eichenholz *K* 3·—, Buchenholz *K* 2·—, Nadelholz *K* 1·—, Laubholz *K* 2·—. Nimmt man einen Durchschnittspreis von Nutzholz von *K* 5·—, hartem Brennholz von *K* 2·— und weichem Brennholz von *K* 1·—. so ergibt dies ungefähr einen Wert von zirka 31 Millionen Kronen der österreichischen Holzproduktion, gegenüber einem Wert der tschechischen Holzproduktion von zirka 32 Millionen Kronen, zu welcher noch die wenig exploitierte Produktion der Slowakei ungefähr in der gleichen Höhe kommt (in Vorkriegswährung).

Tabelle XIX.

	Fertiggestellter, verkaufsfähiger Zucker in Rohzuckerwert	
	t	%
Alt-Österreich	1,326.175	100
Neu-Österreich	61.541	4·64
Tschechoslowakischer Staat	1,233.347	93
Nordoststaaten	31.287	2·36

Betriebsjahr 1919/1920.

	Fabriken	Anbaufläche *ha*	Zuckererzeugung in Rohzuckerwert *q*
Österreich	4	3.990	51.320
Tschechoslowakei	164	184.493	4,893.660
Ungarn	5	8.700	84.130
Jugoslawien	7	30.614	250.000
Polen	70	53.000	750.000

Die Produktion des Rübenzuckers war infolge der ausgezeichneten Eignung der tschechoslowakischen Landarbeiter und der guten Böden besonders in Mähren und in der Slowakei seit langem ansässig. Im Jahre 1890 gab es in Böhmen, Mähren und Schlesien 205 Zuckerfabriken, im übrigen Österreich 6, in Ungarn 32. Durch die Absatzschwierigkeiten auf dem Weltmarkte wurden im Laufe der Zeit einige ungünstig gelegene, technisch unvollkommen ausgestattete Fabriken stillgelegt, doch waren 1913 in Böhmen, Mähren und Schlesien noch immer 174 Zuckerfabriken mit 66.696 Arbeitern, während im übrigen Österreich 4 Fabriken bestanden, mit 1933 Arbeitern. Österreich kann den eigenen Bedarf an Zucker nicht decken und muß zirka 1,000.000 *q* einführen, die Tschechoslowakei dürfte bei normaler Friedensproduktion 10,000.000 *q* ausführen müssen (1920 standen zirka 4,000.000 *q* zum Export zur Verfügung), auch Ungarn dürfte mindestens 1,000.000 *q* zum Export zu bringen haben, Jugoslawien dürfte in normalen Zeiten seinen Bedarf decken können, Polen große Quantitäten auszuführen haben. Bis jetzt hatten alle Nachfolgestaaten bis auf die Tschechoslowakei an Zuckermangel zu leiden, da die Produktionen nicht annähernd den

Friedensstand erreicht haben. In der Vorkriegszeit bestand im gemeinsamen Wirtschaftsgebiet ein Zuckerkartell — es ist anzunehmen, daß sich diese Großindustrie über alle Absperrungsmaßnahmen zwischen den Nachfolgestaaten hinweg wieder organisieren dürfte; nur die verschiedenen Währungen dürften bei der Preiskalkulation und dem Verkauf Schwierigkeiten bereiten.

Spiritusindustrie.

Ein ähnliches Bild gibt die Branntweinbrennerei. Im Jahre 1890 bestanden in Böhmen 555 Branntweinbrennereien, die 572.633 *hl* Alkohol gegen 32.348 Brennereien, die 664.209 *l* Alkohol im ganzen übrigen Österreich erzeugten. Im Jahre 1913 erzeugten die 1505 Spiritusbrennereien in Böhmen, Mähren und Schlesien 830.282 *hl*, während die 31.695 Brennereien im übrigen Österreich 760.094 *hl* Alkohol erzeugten. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß die Spiritusbrennerei in der Tschechoslowakei in großindustrieller Form betrieben wurde[7]), während sie im übrigen Österreich, besonders in Galizien und den südlichen Staaten, in Form von kleineren landwirtschaftlichen Brennereien produzierte. Das heißt, daß auf einen Kopf der Bevölkerung zirka 8·3 *l* Spiritus pro Jahr in der Tschechoslowakei und ungefähr die Hälfte, 4·3 *l*, auf die übrigen Bewohner von Alt-Österreich entfallen. In Zukunft werden einige Fabriken in Österreich und Ungarn genötigt sein, andere ausländische Rohstoffe (Mais usw.) zur Erzeugung zu verwenden — mit Ausnahme Österreichs dürften alle Staaten Exportüberschüsse in Spiritus zur Verfügung haben. Vor dem Zerfall bestand ein österreichisches und ungarisches Spiritusverkaufskartell — die früher bestandene finanztechnische Kontingentierung der Erzeugung wurde von den Nachfolgestaaten beibehalten.

---

[7]) Laut dem Ausweis des Finanzministeriums über die Betriebsperiode 1. September 1913 bis 30. August 1914 entfallen auf eine Brennerei in der Tschechoslowakei 552 *hl*, im übrigen Österreich 48, in der Republik Österreich nur 7 *hl* Spiritus. Der Gesamtanteil an der Produktion beträgt für die Tschechoslowakei 52·18%, für Österreich 8·18%, für die Nordoststaaten 39%.

Brauindustrie.

Ein ähnliches Verhältnis zeigt sich in den Brauereien. In Böhmen, Mähren und Schlesien bestanden 1913 639 Brauereien, die 11,372.447 *hl* Bier oder zirka 114 *l* pro Kopf der Bevölkerung erzeugten. Demgegenüber bestanden im ganzen übrigen Österreich 289 Brauereien mit einer Produktion von insgesamt 7,156.000 oder zirka 105 *l* pro Kopf der Bevölkerung. Interessant ist besonders bei der Bierbrauerei die ununterbrochen anhaltende Konzentration der Biererzeugung im Großbetriebe, mit welcher eine Stillegung der kleinen Brauereien Schritt hält; während in den Sudetenländern im Jahre 1890 919, im übrigen Österreich 805, zusammen 1724 Brauereien mit einer Erzeugung von zirka 14,000.000 *hl* Bier bestanden, weist die Statistik des Jahres 1913 in Alt-Österreich 1018 Betriebe mit einer Produktion von zirka 20,000.000 *hl* auf, von welcher Steigerung auf die böhmischen Brauereien 50%, auf das übrige Österreich 30% der Produktion entfällt[8]). Aus diesen Ziffern geht ohneweiters hervor, daß alle Nachfolgestaaten, besonders die Tschechoslowakei, den Absatz von Zucker, Bier und Branntwein wechselseitig benötigen und daß von dem Prosperieren dieser Industrien die Viehhaltung, Mästung und Milchwirtschaft abhängig ist, wodurch anderseits im innerstaatlichen Austausch die Einfuhr von Wolle und Hanf und anderer fehlender landwirtschaftlicher Produkte leicht erfolgen kann. Die österreichische Brauerei- und Melzerei-Industrie mußte z. B. teilweise stillgelegt werden, weil die mährischen Bauern keine Gerste liefern können; diese wieder können die Gerste nicht abgeben, weil sie durch Ausbleiben des ungarischen Futtermaises die Gerste verfüttern müssen, um ihr Vieh halten zu können. Infolge der großen Gerstenproduktion der Tschechoslowakei 62 bis 65% gegen 13·06% in Österreich, erfolgte die Deckung des Gerstenbedarfes der österreichischen Brauerei-Industrie in der Tschechoslowakei, welche für diesen Gerste- und Malzexport Mais aus Ungarn importierte[9]).

[8]) Laut Ausweis des Finanzministeriums vom 1. November 1913 bis 31. August 1914 entfielen von der Gesamtproduktion an Bier auf Österreich 35·65%, auf die Tschechoslowakei 56·64%, auf die Nordoststaaten 6·53%.

[9]) Statistik des Ackerbauministeriums 1914.

Mühlenindustrie.

Die Statistik der Mühlenindustrie (Tabelle XX) zeigt eine Arbeitsteilung im Mehlverkehr, welcher sich dem innerstaatlichen Getreideverkehr und auch dem Getreideimport anpassen mußte; laut dieser Tabelle wird der Überschuß der Mahlproduktion in der Tschechoslowakei und in Österreich an die übrigen Nachfolgestaaten abgegeben, welche ihre Mahlproduktion schwer decken können. Eine besonders leistungsfähige Mühlenindustrie hatte Ungarn: 13 Großmühlen in Budapest, ferner 120 Großmühlen in der Provinz konnten pro Tag zirka 105.000 *q* vermahlen, außerdem 7000 kleine Landmühlen. Gegenwärtig arbeiten die Mühlen höchstens mit 30% ihrer Kapazität, da ihnen die Zuschübe auf dem Wasserwege aus dem Banat, Südungarn und Rumänien fehlen — dagegen wird die Mühlenindustrie in diesen Staaten, teilweise durch Differenzialausfuhrzölle, welche den Mehlexport gegenüber dem Getreideexport begünstigen, außerordentlich gefördert und entwickelt eine rege Investitionstätigkeit, während die ungarische Mühlenindustrie ihre großen Anlagen ungenützt stehen lassen muß.

Tabelle XX.

Die Mühlenbetriebe und deren Leistungsfähigkeit pro Tag laut einer Zusammenstellung der Kriegsgetreideanstalt:

	Großmühlen Zahl	Leistungsfähigkeit pro Tag Waggon	in %	Kleinmühlen Zahl	Leistungsfähigkeit pro Tag Waggon
Alt-Österreich	863	1.147	100	14.452	787
Neu-Österreich	375	387	33·74	5.666	173
Tschechoslowak. Staat . .	439	658	57·37	5.682	444
Nordoststaaten	30	76	6·63	1.378	120
Übriges Alt-Österreich . .	19	26	2·26	1.726	50

Ungarische Statistik fehlt.

C. Über die Industrie.

Wenn wir, um die Entwicklung der Industrie im alten Österreich zu Beginn des Weltkrieges leichter verstehen zu können, auf die Zeit der Merkantilisten einen kurzen Rückblick werfen, geschieht es nur, um die zentralisierende Wirtschaftspolitik, welche unter der großen Kaiserin beginnend, von Kaiser Joseph II. energisch fortgesetzt wurde, in ihrer Auswirkung verfolgen zu können. Zu dieser Zeit waren die Königreiche, Herzogtümer und Grafschaften, ähnlich wie gegenwärtig, noch eigene Verwaltungsgebiete mit Zwischenzollinien und zahlreichen Straßenmauten. Diese Zölle waren jedoch im wesentlichen keine Schutzzölle, sondern Finanzzölle, welche die Länder brauchten, um ihre budgetären Ausgaben zu alimentieren. Mit der fortschreitenden Bedarfsentwicklung wurden diese Finanzzölle für die sich innerstaatlich entfaltende Arbeitsteilung ein immer unbequemer empfundenes Hemmnis. Es ist nicht der Zweck dieser Arbeit, eine Industriegeschichte Österreichs darzustellen, wie sie Dr. Friedrich Hertz in seinem ausgezeichneten Buche „Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege“[1]) gegeben hat, sondern es sollen die wirtschaftlichen Zusammenhänge dargestellt werden, wie sie die Industrie in ihrer neuzeitlichen Entwicklung vorgefunden hat und in welcher Art sie in dieses große Wirtschaftsgebiet hineingewachsen ist; indem sie die Vorteile desselben sich zunutze machte, hat sie sich auf Grund der gegebenen Produktionsorte der Rohstoffe, beeinflußt von lokalen Vorteilen leicht zugänglicher Betriebskräfte, wie Kohlen und Wasserkräfte, angezogen von leicht er-

[1]) 5. Aufl., Verlag für Fachliteratur, Wien.

hältlicher billiger Arbeitskraft, oft künstlich an Orte gebunden durch Siedlungen fremdländischer Facharbeiter und Gewerbetreibender, in dasselbe eingefügt. Mit dem Übergang von der Naturalwirtschaft, die sich in Österreich besonders lange erhalten hat, zur spezialisierten Massenerzeugung der Gegenstände des täglichen Bedarfes ergab es sich von selbst, daß die Zwischenzollinien zwischen den einzelnen Ländern sukzessive fallen mußten und durch ein anderes System staatlicher Geldmittelbeschaffung ersetzt werden mußten. Es war nicht nur das einheitliche Wirtschaftsgebiet, das sich die Industrie durch ihre Entwicklung eroberte, sondern die Verbesserung der natürlichen wie künstlichen Verkehrsmittel wurden hauptsächlich über ihre Initiative veranlaßt. Durch die im Laufe der Jahre nicht gleichmäßige Entwicklung in der Technik der Produktionsstadien vom Rohstoff zum Halb- und Ganzfabrikat machten nicht nur Urprodukte, sondern auch Halbfabrikate in verschiedenen Erzeugungsstadien innerstaatlich oft weite Reisen, um an Produktionssorten verarbeitet zu werden, wo durch Generationen erworbene besondere Geschicklichkeit der dort ansässigen Gewerbetreibenden für die Endausfertigung gewonnen werden konnten. (Spinnerei, Weberei, Färberei, Stickerei, Konfektion, elektrotechnische Industrien usw.[2]). Mit dem Fortschritt der Verwendung motorischer Kraft in der Gütererzeugung und im Transportwesen werden diese innerstaatlichen Abhängigkeitsverhältnisse und Wechselbeziehungen immer zahlreicher und intensiver und führen im Laufe der Zeit dazu, daß viele industrielle Erzeugnisse oft zwei oder drei oder mehrere örtlich getrennte, jetzt in den verschiedenen Sukzessionsstaaten liegende Betriebe passieren müssen, um zum Fertigfabrikat ausgearbeitet zu werden. Eine Hauptrolle bei dieser Entwicklung fällt dem wichtigsten Betriebsstoffe, der Kohle, zu.

Die nachfolgende Statistik über die Kohlenproduktion des Jahres 1917 benötigt keiner weiteren Erklärung[3]). Eine andere

[2]) Dr. Karl Janovsky: Textilindustrie und Bekleidungsgewerbe. E. Hölzl, Wien, 1920.

[3]) Prof. Dr. Wilhelm Petraschek, Die Kohlenlager und Kohlenbergbau Österreich-Ungarns und ihre Aufteilung auf die Nationalstaaten.

amtliche Statistik aus der Vorkriegszeit, die ein Bild über die normale Ausbeute gibt, und nicht nur Kohle, auch andere Bergwerksprodukte enthält, zeigt, daß das Verhältnis schon vorher ein gleiches war. In der Roheisenerzeugung ist die Republik Österreich besser gestellt, während die Tschechoslowakei Erze hauptsächlich aus Ungarn und Jugoslawien importieren muß[1]). Auf einen Kopf der Bevölkerung in Böhmen, Mähren und Schlesien kommen zirka 3300 *kg* Kohle und zirka 100 *kg* Eisenerze, während die gleichen Ziffern in Neu-Österreich 330 *kg* Kohle und 300 *kg* Eisenerze betragen, wobei noch die viel schlechtere Qualität der österreichischen Kohle zu beachten ist. In den anderen Sukzessionsstaaten ist die Produktion dieser Rohstoffe noch ungünstiger wie in Österreich, da neben der Kohle auch die Eisenerze fehlen. Die Erzvorkommen in der Tschechoslowakei befinden sich teilweise in deutschen, teilweise in gemischtsprachigen Siedlungen und nur ein geringer Teil liegt im geschlossenen tschechischen Sprachgebiet. Der Reichtum Österreichs an Eisen und an anderen Erzen und sein geringer Anteil an den Kohlenlagern des früheren Wirtschaftsgebietes, dessen übrige Anteile anderseits wieder Erzvorkommen aufweisen, die im heutigen Österreich gänzlich fehlen, läßt einen tiefen Blick in die Abhängigkeitsverhältnisse der einst vereinigt gewesenen Gebiete tun, welche sich nicht nur in der Urproduktion, sondern noch viel mehr in den Produktionsbedingungen der Industrie fühlbar machen.

Als Beilage zum Handelsübereinkommen zwischen der Republik Österreich und der tschechoslowakischen Republik werden Zahlen über den Handelsverkehr beider Staaten, betreffend das Jahr 1920 angeführt.

Österreich	Gesamteinfuhr	nur aus der Tschechoslowakei	Gesamtausfuhr	nur nach der Tschechoslowakei
	in 1000 Meterzentnern			
Brennholz	1.267·5	1.147·8	—	—
Brenn- und Nutzkohle . .	195·7	71·1	3.582·5	40
Holzkohlen	165·5	134·1	—	—

[1]) Dr. Friedrich Hertz: Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege, Roheisenversorgung, S. 47.

Österreich	Gesamteinfuhr	nur aus der Tschechoslowakei	Gesamtausfuhr	nur nach der Tschechoslowakei
	in 1000 Meterzentnern			
Kohle, Koks	39.960·3	17.894·6	—	—
Erze	—	—	1.268·5	1.113·1
Eisen- u. Eisenwaren .	1.167	579·2	1.846·3	805·7
Verschiedene Metalle und Waren	110·8	13·	132·7	36·4

Kohlenbergbau.

Die Kohlenproduktion des gesamten ehemaligen Zollgebietes Österreich-Ungarns in ihrer Verteilung auf die Sukzessionsstaaten, nach den Daten des Jahres 1917.

Deutschösterreich	89.000 *t* Steinkohle 2,169.000 *t* Lignit und Braunkohle	2,258.000 *t*
Tschechoslow. Republ.	15,482.000 *t* Steinkohle 18,202.000 *t* Braunkohle	33,684 000 *t*
Polen	2,052.000 *t* Steinkohle in Galizien u. Schles. 6.000 *t* Braunkohle in Galizien	2,058.000 *t*
Jugoslaw. Staaten . . .	1,626.000 *t* Braunkohle in öst.-ung. Provinzen 973.000 *t* Braunkohle in Bosnien	2,599.000 *t*
Rumänien	1,808.000 *t* Steinkohle in Ungarn 206.000 *t* Braunkohle in Ungarn 60.000 *t* Lignit in Rumän.	2,074.000 *t*
Ungarn	999.000 *t* Steinkohle 1,959.000 *t* Braunkohle 187.000 *t* Lignit und Braunkohle in Westungarn	6,145.000 *t*
Italien	104.000 *t* Steinkohle	104.000 *t*

Betreffend Kohle, Eisenerze usw. gibt das folgende Bild Aufschluß:

Diese Mengenziffern entsprechen der beschränkten Produktion der Nachkriegszeit, immerhin lassen sich daraus die internen Zusammenhänge der Produktion und deren industrielle Arbeitsteilung in diesen Industrien erkennen, z. B. bei Holz, Eisenwaren und Metallwaren.

Amtliche Statistik des Bergbaues in Österreich aus der Vorkriegszeit 1912.

		Alt-Österreich	Neu-Österreich
Braunkohle	*t*	27,378 332	2,659.622
Braunkohlenbriketts	*t*	249.760	7.263
Braunkohlenkoks	*t*	37.004	214
Steinkohle	*t*	16,459.889	87.517
Steinkohlenbriketts	*t*	196.141	—
Steinkohlenkoks	*t*	2,561.778	—
Eisenstein	*t*	3,039.324	2,050.653
Roheisen	*t*	1,757.864	606.645
Kupfererz	*t*	16.353	16.353
Kupfer	*t*	3.684	2.685
Kupfervitriol	*t*	897	897
Bleierz	*t*	25.751	18.539
Blei	*t*	22.312	13.357
Bleiglätte	*t*	305	—
Zinkerz	*t*	34.225	32.056
Zink	*t*	19.508	—
Schwefelerz	*t*	10.560	3.586
Graphit	*t*	49.456	17.282
Asphaltstein	*t*	3.086	1.415
Mineralfarben	*t*	2.999	2.530
Golderz	*t*	35.994	—
Gold	*kg*	283·60	10·80
Silbererz	*t*	19.937	—
Silber	*kg*	54.433	2.151
Quecksilbererz	*t*	130.608	—
Quecksilber	*t*	820	—
Zinnerz	*t*	938	—
Zinn	*t*	10·60	—
Antimonerz	*t*	1.270	—
Antimon	*t*	—	—
Manganerz	*t*	16.540	—

So ungleich verteilt die Kohle ist, so ungleich verteilt sind die Wasserkräfte[5]). Von diesen hat die Republik Österreich teilweise in den Alpenflüssen, teilweise in der Donau den größten Teil erhalten aber unausgebaut[6]). Genaue ziffernmäßige Angaben über die Wasserkräfte, die in Alt-Österreich vorhanden, gewinnbar und bereits verwertet waren, gibt es, wie Universitätsprofessor Ministerpräsident a. D. Dr. Ernst Seidler ausführt, nicht. Für ganz Österreich errechnete Ministerialrat Ingenieur Dr. Ernst Selinger[7]) auf Grundlagen der Angaben des auch heute noch nicht abgeschlossenen Wasserkraftskatasters 8,000.000 vorhandene Bruttopferdekräfte, wovon 6,000.000 sich in den Alpenländern befinden. Die Schätzungen der in Neu-Österreich vorhandenen und ausbaufähigen Wasserkräfte schwanken zwischen 1,800.000 (Conrad) und 6,000.000 *PS*. Das vormalige österreichische Eisenbahnministerium errechnet die in den Alpenländern zur Verfügung stehenden ausbauwürdigen Wasserkräfte mit 3,000.000 *PS*, wovon erst zirka 8% ausgenützt sind[8]). Die in den Schätzungen zutage tretenden Differenzen sind durch die Subjektivität des Begriffes bezüglich technischer Ausführbarkeit und finanziellen Rentabilität zu erklären. Was nun die effektive Ausnützung anlangt, so sind von den in Alt-Österreich errichteten privaten Wasserwerken großen Stils, insbesondere die Faaler Anlagen der steiermärkischen Elektrizitätsgesellschaften, die Sulfidwerke an der Zetina in Dalmatien, die Kraftwerke an der Trisana und Rosana, einige in Oberösterreich und Salzburg, endlich die der Mittenwaldbahn in Tirol erwähnenswert. Von den zwei erstgenannten Werken, die jetzt an Jugoslawien gefallen sind, war die Faaler Anlage bei Marburg mit einer Kapazität von 35.000 *PS* von Wichtigkeit für das Territorium des heutigen Österreichs,

---

[5]) Dr. Friedrich Hertz, Die Produktionsgrundlagen etc., Die Wasserkräfte, S. 49.

[6]) Dr. Ing. Walter Conrad, Die kaufmännische Bedeutung der österreichischen Wasserkräfte, ihre Rentabilität, Finanzierung und Besteuerung, 1910.

[7]) In der Zeitschrift für Elektrotechnik und Maschinenbau.

[8]) Aus den Mitteilungen über die Studien der vorbereitenden Maßnahmen der österreichischen Staatseisenbahnverwaltung zur Ausnutzung der Wasserkräfte und zur Einführung des elektrischen Betriebes auf Vollbahnen.

da ihre Schweizer Erbauer in erster Linie die Belieferung der obersteirischen Industrie mit elektrischer Energie im Auge hatten. An Arbeiten und Vorarbeiten für Kraftwerke auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage sind zu nennen: Die seit dem Jahre 1905 geführten Untersuchungen des Eisenbahnministeriums zur Elektrifizierung der Alpenbahnen, die 24 Anlagen mit 135.000 *PS* umfassen. Die von verschiedenen Gemeinden wie Innsbruck, Klagenfurt, Villach und Salzburg, die vom Lande Niederösterreich und der Stadt Wien an der Lassing, der Ybbs usw. erbauten oder zu erbauenden Elektrizitätswerke. Hiezu kommen noch die Projekte der Ausnützung der Donauwasserkräfte von Wallsee und vor dem Linzer Defilée. Die Gesamtheit der ausgebauten Wasserkräfte des heutigen Österreich wurde von Dr. Conrad 1909 mit 300.000 *PS*, nach den Mitteilungen des Eisenbahnministeriums mit 250.000 *PS* errechnet. Nach dem ersteren 15%, nach den letzteren 8% der vorhandenen Kapazität. Jedenfalls ist die geringe Nutzwertung, die von den Wasserkräften gemacht wurde, ein Beweis dafür, daß im früheren großen Wirtschaftsgebiet ein besonderer Mangel an Kohlen nicht vorhanden war und daß auch die Rentabilitätsberechnungen dem inländischen Kapital keinen Anlaß geboten haben, sich auf diesem Gebiete zu betätigen. Wenn man bedenkt, daß die führenden Finanzgruppen in der früheren Monarchie die Kohlen- und Eisenproduktion fast ausschließlich in ihren Händen vereinigten, und daß sich deren Interessen ohne Rücksicht auf die Nationalität beinahe über die ganze Monarchie erstreckten, wird es verständlich, daß das inländische Kapital sich diesen Aktionen gegenüber reserviert verhalten mußte, weil es die Rentabilität der jetzt in der Tschechoslowakei gelegenen Kohlengruben nicht gefährden wollte. Die platonische Liebe der Regierungen für die verschiedenen Wasserkraftsprojekte läßt sich daher leicht begreifen, da sie keine Gegenliebe bei den mächtigen Finanzgruppen finden konnte. Eine Schweizer Baufirma hatte z. B. ihre Unternehmungslust, das Faaler Elektrizitätswerk zu bauen, vorerst damit zu büßen, daß dieses Werk bis zum Jahre 1917 nicht in der Lage war, den erzeugten Strom zu verwerten und ihn um jeden Preis aus-

bieten mußte. Erst über Anregung der Heeresverwaltung und im Verein mit dem Eisenkonzern der alten Monarchie wurde dort eine elektrochemische Fabrik, Kalkstickstoffwerke errichtet, nunmehr ein sehr aussichtsreiches Unternehmen, das in Zukunft die Basis der Kunstdüngererzeugung in Jugoslawien zu bilden berufen sein wird.

Wenn man bedenkt, daß das wirtschaftlich und finanziell vor dem Kriege schwächer gewesene Italien mit der größten Energie seine lombardischen Wasserkräfte ausgebaut hat, so läßt sich eben die Untätigkeit in den österreichischen Alpenländern nur damit erklären, daß jede Investitionspolitik vom Standpunkt der Reichswirtschaft und der vorhandenen finanziellen Interessen beurteilt wurde, und länderweise keine Autarkie durch die Ergänzung und Einfügung innerhalb des großen Wirtschaftsgebietes sich entwickeln konnte. Gerade die Wasserkraftspolitik ist ein typisches Beispiel für den früher bestandenen internen Zusammenhang. Wenn jetzt die Regierung in Neu-Österreich, unterstützt von neuen Bankgruppen und fremden Kapitalisten, zum Schutze der heimischen Produktion an den Ausbau der großen Wasserkräfte schreiten wird, wenn sie die Ausbeutung neuer Kohlenvorkommen durch andere Finanzgruppen begünstigt, die nicht mehr im Zusammenhange mit den alten Konzernen der früheren Monarchie stehen, dann wird nach einigen Jahren die Tschechoslowakei ihre Kohle nicht mehr günstig absetzen können. Der durch die Absperrungspolitik erzeugte Tiefstand der Währungen der bisherigen Abnehmerstaaten hindert den tschechischen Export und bringt die Industrien um das Sicherheitsmoment bei Berechnung und Bezug dieses wichtigen Betriebsstoffes. Auf der einen Seite werden enorme Investitionen nicht mehr rentabel sein, während auf der anderen Seite enorme Kapitalien, vom früheren Standpunkte gesehen, eigentlich unnötig investiert werden. Die ungeheure volkswirtschaftliche Bedeutung des Ausbaues der Wasserkräfte sei hiebei außer Diskussion gestellt, lediglich die Ursachen, durch welche er in einer beschleunigten Form durch die Zertrennung der Wirtschaftsgebiete begünstigt wird, müssen als unwirtschaftlich bezeichnet werden.

Zum besseren Verständnis vorstehender Ausführungen erscheint auch noch eine Zusammenstellung über den Umfang notwendig, in welchem Kohle in der industriellen Produktion Verwendung fand und inwieweit sie zur Kraft- und Wärmeerzeugung in den wichtigeren Teilen Alt-Österreichs verwendet wurde. Der hiebei zugrunde gelegte Schlüssel ergibt sich aus Schätzungen der Dampfkessel-Kontrollaktiengesellschaft, die mehr als die Hälfte der in Alt-Österreich befindlichen Dampfkessel kontrollierte; dieser Schlüssel, welcher auch mit verläßlichen Berechnungen auf anderer Grundlage übereinstimmt, basiert auf der Heizfläche der Kessel, indem er die eine Hälfte der Heizfläche der Kraft-, die andere der Wärmeerzeugung zurechnet und auf einen Quadratmeter, der der Krafterzeugung dienenden Heizfläche 2 *PS* entfallen läßt. Wenn man unter Berücksichtigung der Tabelle über die Heizfläche der Dampfkessel vom Stande vom 31. Dezember 1912 die durch Kohlen erzeugte Betriebskraft in Rechnung stellt, so findet man im tschechoslowakischen Staat ungefähr 1,250.000 *PS* und in der Republik Österreich ungefähr 500.000 *PS*.

Heizfläche der Dampfkessel nach dem Stande am 31. Dezember 1912.
Anteil derselben an der Wärme- und Kraftversorgung.

		Hievon	
	m^2	an Wärmeerzeugung m^2	Krafterzeugung *HP*
Alt-Österreich	2,312.387	1,156.193	2,312.387
Neu-Österreich	470.024[9])	235.012	470.024
Tschechoslowak. Staat	1,536.851	768.425	1,536.851
Nordoststaaten	250 212	125.106	250.212

Zu letzterer kommen die aus den ausgebauten Wasserkräften gewonnenen elektrischen Energien, die, wenn man die Schätzung des Eisenbahnministeriums vom Jahre 1909 nimmt, 8% von der vorhandenen Kapazität, d. s. 250.000 *PS*, betragen;

[9]) Hievon entfielen auf Wien 136.110 m^2 Heizfläche insgesamt i. e. 81.555 m^2 der Wärmeerzeugung dienende Fläche und 163.110 *HP*.

nachdem zur Zeit dieser Berechnung die Elektrifizierung der Alpenbahnen noch Projekt war, und die größeren Straßenbahnnetze und Beleuchtungsanlagen mit aus Dampfkraft erzeugter elektrischer Energie betrieben werden, so kann man annehmen, daß zirka 720.000 *PS* in Neu-Österreich in Verwendung standen, ferner die Summe der durch Benzin, Öl- und Gasmotoren erzeugten Betriebskräfte. Die ausbaufähigen Wasserkräfte im tschechoslowakischen Staat haben einen viel geringeren Umfang und ist deren Ausbau infolge ungleichmäßigen Wasserstandes mit viel größeren Kosten verbunden. An Stelle dessen wurden an Kohlenbergwerke im südmährischen und nordböhmischen Braunkohlenrevier große elektrische Zentralen, sogenannte Überlandszentralen gebaut, welche die Wasserkraftenergien dadurch konkurrenzieren sollen, daß an Stelle der Kohlen elektrische Kraft an die Verbrauchsstellen transportiert wird. Aber auch diese Anlagen wurden ausschließlich durch die österreichischen Großbanken geschaffen, welche an den böhmischen Kohlengruben interessiert sind.

Ein weiteres Bild über die Verteilung der Industrien im früheren Österreich ist aus einem Bericht der Gewerbeinspektoren aus dem Jahre 1910 zu entnehmen (Tabelle XXI). Es entfallen

Tabelle XXI.

Die Zahl der fabriksmäßigen Betriebe betrug laut den Berichten der Gewerbeinspektoren im Jahre 1910 in ganz Alt-Österreich 15.443; davon entfielen auf das dem heutigen Österreich entsprechende Territorium 5.600, auf den zur Tschechoslowakei gehörenden Teil 8.114 und auf die heutigen Nordstaaten 1.124.

Nach derselben Quelle verteilte sich die ganz Alt-Österreich entsprechende Zahl auf einzelne Produktionszweige wie folgt:

Gewerbe der Urproduktion	19
Hüttenbetriebe	16
Industrie in Steinen, Erden, Ton und Glas	2.697
Metallverarbeitung	1.518
Erzeugung von Maschinen, Apparaten, Instrumenten und Transportmitteln	1.039
Industrie in Holz-, Dreh-, Flecht- und Schnitzwaren	1.467
Erzeugung von Waren aus Kautschuk, Guttapercha und Zelluloid	44
Fürtrag ...	6.800

Übertrag . . .	6.800
Industrie in Leder, Häuten, Borsten, Haaren und Federn	377
Textilindustrie	2.639
Tapezierergewerbe	9
Bekleidungs- und Putzwarenindustrie	640
Papierindustrie	790
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	2.225
Chemische Industrie	925
Graphische Gewerbe	502
Zentralanlagen für Kraftlieferungen, Beheizung und Beleuchtung	536
Warenhandel	—
Zusammen . . .	15.443

danach auf Österreich zirka $27^1/_2$%, auf den zur heutigen Tschechoslowakei gehörenden Teil zirka 65%, auf die Nordoststaaten $7^1/_2$% der Gesamtindustrie. Die Aufteilung der einzelnen Betriebsgattungen auf das Territorium des heutigen Österreich läßt sich nur aus einer Publikation des arbeitsstatistischen Amtes des Handelsministeriums aus dem Jahre 1913 (Tabelle XXII),

Tabelle XXII.

Die Arbeitszeit in den Fabriksbetrieben, dargestellt vom arbeitsstatistischen Amte im Handelsministerium, Wien 1907.

	Alt-Österreich		Neu-Österreich	
	Zahl der		Zahl der	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Hüttenbetriebe	20	2.450	5	508
in %	100	100	25	24·81
Steine, Ton, Erde, Glas verarbeitende bezw. bearbeitende Betriebe	3.386	138.491	862	35.375
in %	100	100	25·45	25·54
Metallverarbeitungs-Industrie	1.325	126.080	738	60 001
in %	100	100	55·69	47·58
Erzeugung von Maschinen, Apparaten und Transportmitteln	843	94.987	379	40.101
in %	100	100	44·95	42·43
Industrie in Holz-, Flecht-, Dreh- und Schnitzwaren	1.155	60.981	388	15.508
in %	100	100	33.59	25·44
Fürtrag . . .	6.729	422.989	2.372	151.493

	Alt-Österreich		Neu-Österreich	
	Zahl der		Zahl der	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Übertrag . . .	6.729	422.989	2.372	151.593
Erzeugung von Waren aus Kautschuk, Guttapercha und Zelluloid	30	4.413	19	3.326
in %	100	100	63·53	75·34
Industrie in Leder, Häuten, Haaren, Federn und ähnlichem Material . .	313	15.662	129	6.202
in %	100	100	41·21	39·59
Textilindustrie	2.284	300.692	433	49.792
in %	100	100	18·95	16·56
Bekleidungs- und Putzindustrie . . .	474	36.801	188	14.113
in %	100	100	39·66	36·98
Papierindustrie	919	45.921	542	23.317
in %	100	100	58·97	50·77
Nahrungs- und Genußmittel-Industrie	2.793	140.103	579	25.201
in %	100	100	20·73	15·83
Chemische Industrie	1.037	42.628	344	15.207
in %	100	100	33·17	35·67
Graphische Gewerbe	418	22.768	183	11.615
in %	100	100	43·77	51·01
Zentralanlagen für Kraft, Beheizung, Beleuchtung	398	3.600	231	1.662
in %	100	100	58·04	46·44
Insgesamt . . .	15.395	1,035.577	5.020	298.928
in % . . .	100	100	32·60	28·85

„die Arbeitszeit in den Fabriksbetrieben", annähernd entnehmen, wenn auch diese Tabelle auf Daten des Jahres 1907 beruht, während der Bericht der Gewerbeinspektoren aus dem Jahre 1910 stammt. Wenn auch die absoluten Zahlen in dieser Tabelle einen geringeren Wert haben, so lassen die daraus erhältlichen Verhältniszahlen ungefähr die Verteilung nach Produktionszweigen erraten. Der Umfang der Betriebe und speziell die Beteiligung der menschlichen Arbeitskraft an der industriellen und gewerblichen Produktion ist aus der Tabelle zu ersehen, die die Berufsgruppen in Alt-Österreich auf Neu-Österreich und die Tschechoslowakei nach der Volkszählung vom Jahre 1910 aufteilt. (Tabelle XXIII.) Zur Gegenüberstellung können als Verhältniszahlen

Tabelle XXIII.

Berufstätige wichtige Berufsgruppen in Alt-Österreich und ihre Verteilung auf das heutige Österreich und die Tschechoslowakei nach der Volkszählung vom Jahre 1910.

	Alt-Österreich	in %	Neu-Österreich	in %	Tschechoslowakei	in %
Bergbau und Hüttenwesen . .	195.191	100	36.877	18·89	110.308	56·51
Steine und Erden	226.609	100	52.018	22·95	148.273	65·43
Metallverarbeitung	346.600	100	139.313	40·18	151.377	43·67
Maschinenindustrie	196.666	100	77.880	39·60	88.740	40·03
Chemische Industrie	56.012	100	22.621	40·38	22.713	40·55
Baugewerbe	466.578	100	166.896	34·55	218.799	46·89
Textilindustrie	519.860	100	90.932	17·47	397.350	76·43
Papier- und Lederindustrie .	113.195	100	54.137	47·82	43.771	38·66
Holz- und Schnitzstoffe	291.498	100	104.414	35·82	124.442	42·69
Nahrungs- und Genußmittel .	357 441	100	112.680	31·52	175.604	49·13
Bekleidungs- und Reinigungswesen	741.790	100	268.991	36·26	317.995	42 86
	3,511.440	100	1,126.759	32 08	1,799.372	51·24

Verhältniszahl der Gesamtbevölkerung der Republik Österreich 23·97 %
" " " " tschechischen Republik (ohne Slowakei) 35·63 %.

dienen die Prozentsätze, welche den auf die Republiken Österreich und Tschechoslowakei entfallenden Bevölkerungszahlen im Verhältnis zur früheren Gesamtbevölkerung entsprechen. Diese Zahl ist für die Republik Österreich 23·97%, für die Tschechoslowakei ohne Slowakei und Karpatho-Rußland 35·63%.

An Roheisen wurden in Alt-Österreich im Jahre 1914 1,400.000 *t*, an Stahl 1,800.000 *t* erzeugt. Hievon entfielen auf Österreich 33·71%, auf die Tschechoslowakei 57·87% und auf Jugoslawien 8·42%. Die benötigte Kohle wurde, da die dem Eisenvorkommen naheliegenden Kohlengruben den Bedarf bei weitem nicht decken konnten, aus den jetzt in der Tschechoslowakei liegenden Kohlenwerken bezogen. Wie schon früher erwähnt, deckt die Erzeugung Österreichs den großen Bedarf seiner Metallindustrie an Roheisen und Stahl, aus eigenen Erzen gewonnen, vollständig, während die tschechoslowakischen Industrien nicht nur Eisenerze aus anderen Sukzessionsstaaten, sondern auch Roheisen importieren müssen. Das Königreich Ungarn verfügt nach der Abtretung der

großen Eisenerzlager in Dobschau (Slowakei) und in Reschitza (Siebenbürgen) über keine aufgeschlossenen Erzlager. Die Hüttenwerke in Reschitza und Vajdahunjád sind an Rumänien, Krompach und Pohorell an die Tschechoslowakei gefallen, dagegen sind die Hochöfen der Rima-Muranyer-Salgótarjáner Eisenwerks-Aktiengesellschaft im Lande geblieben, welche jedoch den Koks und die Erze zur Gänze importieren müssen. Das Königreich Jugoslawien hat die bosnischen und kroatischen Erzvorkommen und als Hüttenbetrieb die krainische Industriegesellschaft mit dem Werke in Aßling und Jauerburg gewonnen. Eisenerze werden nach der Tschechoslowakei ausgeführt, die eigene Erzeugung an Roheisen beträgt zirka 100.000 *t*, zur Deckung des Bedarfes wird solches von der Tschechoslowakei eingeführt. Die Hochöfen von Servola, das jetzt zu Italien gehört, stehen mangels Erzen und Koks — sie gehörten der krainischen Industrie-Gesellschaft und verhütteten die bosnischen Erze. Polen besitzt reichliche Erzvorkommen und Hüttenwerke, um bei geordneten Wirtschaftsverhältnissen seinen Bedarf zu decken.

Einen Einblick in die Verteilung der wichtigsten eisenverarbeitenden Industrien geben nachfolgende Tabellen, welche Betriebsdaten über die Eisenwarenindustrie, die Waggonindustrie, Lokomotivindustrie, Automobilindustrie und der Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen enthalten. Die Maschinenindustrie ist in den einzelnen Nachfolgestaaten spezialisiert — während Österreich eher kleinere und Spezialmaschinen erzeugt, dominiert die Tschechoslowakei im Großmaschinenbau und im Maschinenbau für Zucker und Brauindustrie. Österreich und die Tschechoslowakei nehmen unter normalen Verhältnissen höchstens 21% der Produktion auf, auch Ungarn muß landwirtschaftliche Maschinen exportieren. Alle anderen Nachfolgestaaten sind auf Importe angewiesen. Ein Zukunftsbild geben die Daten der Automobilindustrie, von welcher zirka 69% mit 4300 *PS* auf Österreich, 31% mit 5700 *PS* auf den tschechoslowakischen Staat entfallen, während der Verbrauch des Brennstoffes hiezu von dem gesamten Aufwand dieser Industrie an Kohle 20% für Österreich und 60% für die Tschechoslowakei beträgt. Tatsache ist, daß große Auto-

mobilfabriken durch bedeutende Wasserkraftanlagen in Neu-Österreich betrieben werden. Diese Tabellen geben zwar, da sie aus der Kriegszeit stammen, kein klares Bild der normalen Produktion, weil dieselbe teilweise besonders durch den Kriegsbedarf hervorgerufene Arbeitssteigerungen aufweisen. Man kann jedoch immerhin im allgemeinen die Leistungsfähigkeit und die Bedingungen abschätzen, unter welchen die Fabrikation in den behandelten Gebieten erfolgt ist. (Tabelle XXIV, XXV, XXVI und XXVII.)

Tabelle XXIV.

Eisenwaren. Zirka Tonnen.

	Stabeisen A	Grobbleche	Feinbleche	Draht	Drehseile	Sensen Sicheln	Gußwaren za.	Emailgeschirre
Österreich . . .	350.000	45.000	22.000	46.000	6.500	10,000.000 Sensen 2,000.000 Sicheln	40.000	5.000
Tschechoslowak.	580.000 davon 80.000 i. d. Slowakei	45.000	66.000	20.000	4.400	100.000	400.000	27.000
Ungarn	130 000	20.000	—	20.000	—	1 Fabrik St. Gotthardt	—	2.000
Jugoslawien . .	60.000	10.000	12.000	20.000	1.000	300.000	10.000	10.000
Klein-Polen . .	180.000	23.000	30.000	18.500	3.000	—	—	15.000

Die Ziffern sind aus der Statistik der Vorkriegszeit errechnet und entstammen der Festschrift der Depositenbank (F. A. D.). Sie sollen nur annäherungsweise ein Bild geben, wie die Produktion verteilt ist, um daraus zu ersehen, wie groß der zwischenstaatliche Austausch der Halb- und Ganzfabrikate sein muß.

Tabelle XXV.

Betriebsdaten der Waggonindustrie im Jahre 1918 (nach fachmännischer Schätzung).

	Alt-Österreich	Neu-Österreich	Tschechosl. Staat	Galizien
Zahl der Betriebe	7	2	4	1
Arbeiterzahl	12.800	3.100	9.100	600
in %	100	24·2	71·1	4·7

	Alt-Österreich	Neu-Österreich	Tschechosl. Staat	Galizien
Zahl der *HP*	13.600	2.700	10.200	700
in %	100	19·8	75	5·2
Jahresproduktion in Millionen Friedenskronen	178	40	128	10
in %	100	22·4	72	5·6

Betriebsdaten der Lokomotiverzeugung im Jahre 1915 (nach schätzungsweisen Angaben von fachmännischer Seite).

	Alt-Österreich	Neu-Österreich	Tschechoslow. Staat
Zahl der Betriebe	5	4	1
Zahl der Arbeiter	6.574	3.374	3.200 [10])
in %	100	51·32	48·68
Zahl der *HP*	7.260	6.120	1.500
in %	100	80·31	19·69
Jahresproduktion in Millionen Friedenskronen	30·6	25·6	5
in %	100	83·66	16·34

Tabelle XXVI.

Betriebsdaten der Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen. (Nach Mitteilungen des Wirtschaftsverbandes der Erzeuger.)

	Alt-Österreich	Neu-Österreich	Tschechosl. Staat	Galizien
Zahl der Unternehmungen	173	33	135	5
in %	100	19·08	78·04	2·88
Zahl der Beamten und Arbeiter vor dem Kriege	21.363	5.965	14.876	522
in %	100	27·92	69·63	2·45
Zahl der *HP* der Betriebsmaschinen	13.719	5.015	8.297	407
in %	100	36·56	60·48	2·96
Zahl der Eisenbearbeitungsmaschinen	6.788	2.137	4.518	133
in %	100	31·48	66·55	1·97
Zahl der Holzbearbeitungsmaschinen	1.229	284	898	47
in %	100	23·11	73·07	3·82
Zahl der Gießerei- u. Formmaschinen	900	299	565	36
in %	100	33·22	62·78	4
Zahl der sonstigen Maschinen	1.158	394	742	22
in %	100	34·02	64·08	1·90

[10]) Einschließlich der Automobilerzeugung.

Tabelle XXVII.

Betriebsdaten der Automobilindustrie im Jahre 1918. (Nach Mitteilungen des Verbandes der österreichischen Automobilindustriellen.)

	Alt-Österreich	Neu-Österreich	Tschechoslow. Staat
Zahl der Betriebe	13	9	4
in %	100	69·23	30·77
Zahl der *HP*	10.835	4.695	6.180
in %	100	43·17	56·83
Zahl der Beamten und Arbeiter	17.534	11.494	6.040
in %	100	65·55	34·45
Monatlicher Durchschnittsverbrauch an Brennstoffen (*t*)	7.707	1.564	6.143
in %	100	20·29	79·71
Monatliche Erzeugungskapazität, Personen- und Lastauto	892	842	50
in %	100	94·39	5·61
Motoren	297	267	30
in %	100	89·90	10·10

Tabelle XXVIII.

(Laut Festschr. A. D.-B.)

	Lokomotiven	Waggons	Automobile
Österreich	1.000	5.000	20.000
Tschechoslowakei	300	12.000	5.000
Ungarn	200	6.000	1.200
Jugoslawien	—	Erzeugung in Aufnahme	—
Polen	Erzeugung in Aufnahme	3.000	—

Die Rohölproduktion gehört ausschließlich den Nordoststaaten an. Im Jahre 1912 wurden 993.099 *t* Erdöl und 483 *t* Erdwachs produziert und zum größten Teil in den Raffinerien verarbeitet, welche außerhalb Galiziens liegen (Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Triest usw.). Auf einen Einwohner in Alt-Österreich kamen zirka 70 *l* inländischen Petroleums. Gegenwärtig müssen alle Nachfolgestaaten ihren Rohölbedarf aus Polen und Rumänien importieren, teilweise Fertigprodukte aus Rumänien und Amerika, ihre großen Raffinerien stehen vollständig oder sind nur teilweise in Betrieb. Durch das Ausbleiben des russischen Petroleums ist die Belieferung der Randstaaten

auf Rumänien und Polen übergegangen. In der Slowakei bei Göding-Egbell werden zirka 200.000 *q* Viskoseöl gewonnen, das von den Staatsbahnen als Schmieröl verwendet wird, dem Bedarf aber nicht genügt.

Die Papierindustrie weist für Österreich einen Überschuß von großer Bedeutung auf, dagegen fehlt in den südlichen Staaten und Ungarn die notwendige Produktion. (Tabelle XXIX.)

Tabelle XXIX.

Die Papier-, Pappe-, Zellstoff-, Holzschliff- und Holzstoff-Industrie Alt-Österreichs.

(„Wirtschaftsstatistische Materialien über Deutschösterreich" der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, publiziert nach den Angaben des Wirtschaftsverbandes der Papierindustrie im Jahre 1913.)

Monatliche durchschnittliche Produktionsmengen:

	Papier		Pappe		Zellstoff		Holzschliff und Holzstoff	
	Waggons à 10 *t*	in %	Waggons à 10 *t*	in %	Waggons à 10 *t*	in %	Waggons à 10 *t*	in %
Alt-Österreich	2.817·7	100	768·8	100	1.711	100	344·1	10
Neu-Österreich	1.565·9	55·58	505·8	65·77	1.009·8	58·01	255·3	74·19
Tschechoslowak. Staat . .	1.149	40·77	241.8	31·46	685·4	40·06	73·8	21·46
Jugoslawisches Gebiet . .	71	2·52	12·7	1·66	15·8	0·93	—	—
Nordoststaaten	31·8	1·13	8·5	1·11	—	—	15	4·35

Papier.

	Holzschliff	Zellulose	Papier
	zirka Tonnen jährliche Erzeugung		
Österreich	150.000	120.000	187.000
Tschechoslowakei	100.000	110.000	180.000
Ungarn	—	—	2.500
Jugoslawien	9.000	15.000	16.000
Polen	7.000	—	11.000

(Festschrift A. D.-B.)

Zwischen den österreichischen und tschechoslowakischen Fabriken, welche denselben Unternehmungen gehören, findet ein lebhafter Austauschverkehr der Halbfabrikate statt.

Der Kanditen-, Schokoladen- und Konservenindustrie, die in Österreich sehr bedeutend ist, fehlt der böhmische Zucker. (Tabelle XXX.)

Tabelle XXX.

Kanditen-, Schokoladen- und Konserven-Industrie.

	Betriebe	Zahl der Arbeiter	*HP*
Wien	192	6.054	1.853
Übriges Neu-Österreich	103	944	315
Neu-Österreich total	295	6.998	2.168
Tschechoslowak. Staat	248	5.345	2.501
Übriges Alt-Österreich	60	964	586
Zusammen	603	13.307	5.255

Um den Einblick in die Wirtschaftsverhältnisse zu erleichtern, seien kurz verschiedene Industrien mit ihren meistens aus der Vorkriegszeit stammenden statistischen Produktionsziffern angeführt.

Elektrische Industrien.

	Arbeiterzahl	Produktionswert in Goldkronen 1913
Österreich	20.000	250,000.000
Tschechoslowakei	5.000	50,000.000
Ungarn	3.000	25,000.000
Jugoslawien	—	—
Polen	—	—

Gummi-Industrie.

	Arbeiterzahl	Produktion in *q* 1920
Österreich	10.000	200.000
Tschechoslowakei	1.500	25.000
Ungarn	1.000	20.000
Jugoslawien	—	—
Polen	—	—

Leder-Industrie.

	Verarbeitungsmöglichkeit per Jahr zirka	
	Sohlenlederhäute	Oberlederhäute
Österreich	1,200.000	1,000.000
Tschechoslowakei	750.000	1,500.000
Ungarn	500.000	150.000
Jugoslawien	500.000	250.000
Polen	1,500.000	1,000.000

Rohmaterial ist in allen Staaten genügend vorhanden, doch findet zwischenstaatlich ein lebhafter Austausch statt. Die österreichische, respektive Wiener hochentwickelte Leder- und Galanteriewarenindustrie arbeitet hauptsächlich für Export, desgleichen die sehr leistungsfähigen tschechoslowakischen Schuhfabriken und Handschuhfabriken. Ungarn, Jugoslawien und Polen sind Importländer.

Chemische Industrie.

	Schwefelsäure *t*	Salzsäure *t*	Sodaerzeug. *t*	Ätznatron *t*	Karbid- u. kalkstickstoff *t*	Zündhölzchen kisten zu 500 Schachteln
			1913			
Österreich	10.000	2.500	40.000	3.600	15.000	100.000
Tschechoslowakei	36.000	48.000	30.000	12.000	40.000	300.000
Ungarn	12.000	1.000	—	—	2.000	30.000
Jugoslawien	9.000	500	30.000	7.200	185.000	40.000
Polen	—	—	30.000	3.600	?	5.000
	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]

[1]) Die Fabriken des Phönix in Alsófernezely und die ungarischen Clotildenwerke sind an Rumänien gefallen.

[2]) Österreich, Jugoslawien, Polen sind Importländer.

[3]) Tschechoslowakei mit zirka 30.000 *t* und Ungarn Importgebiet.

[4]) Ungarn und Österreich Importgebiet.

[5]) Die jugoslawischen Fabriken wurden nach dem Ausbau des Faalwerkes durch Schweizer Kapital zu deren Ausnützung im Kriege ins Leben gerufen.

[6]) Jugoslawien erhielt vier Fabriken des früheren Ungarn mit 35%, die Slowakei 20%, Rumänien 10% der früheren ungarischen Produktion. Ungarn, Jugoslawien, Polen sind Importländer.

Die Glasindustrie hat hauptsächlich in der Tschechoslowakei ihren Sitz, die Leitungen der Fabriken sind zum größten Teil in Wien. Ungefähr 90% der gesamten Glasproduktion von Alt-Österreich befindet sich auf tschechoslowakischem Boden, ungefähr 10% in Österreich, welches ungefähr 12,000.000 Flaschen und 500.000 m^2 Tafelglas, ferner Hohlglas erzeugt, ohne nur annähernd den eigenen Bedarf decken zu können — es sind jedoch mehrere Glasfabriken im Entstehen begriffen. Die Produktion der tschechoslowakischen Industrie umfaßt zirka 14,000.000 m^2 Tafelglas, 150,000.000 Flaschen, 200.000 m^2 gegossenes Spiegelglas, zirka 300.000 m^2 geblasenes Spiegelglas, 1,000.000 m^2 Tafelglas usw. 80% der Glasindustrie liegen in den deutschen Ge-

bieten, Ungarn erzeugt genügend Flaschen, zirka 25,000.000, um den Eigenbedarf zu decken, muß jedoch seinen anderen Bedarf einführen, jetzt vornehmlich aus Deutschland, Jugoslawien importiert 90% seines Bedarfes aus Böhmen, während Polen, das früher Rußland versorgte, zirka 60% seiner Produktion exportieren muß.

Die Zementindustrie ist in allen Nachfolgestaaten sehr leistungsfähig gewesen und produziert Mengen, die den Inlandkonsum weit übersteigen.

Österreich	750.000 *t*
Tschechoslowakei	900.000 *t*
Ungarn	670.000 *t*
Jugoslawien	800.000 *t*
Polen	900.000 *t*

Die Magnesitindustrie ist ein Monopol von Österreich und der Slowakei, welche nur Magnesitsteine für die tschechoslowakische Stahlindustrie aus Österreich importieren muß; sonst sind alle Staaten Europas, selbst Amerika, auf die Bezüge aus Österreich angewiesen.

Österreich erzeugt	2 Millionen Meterzentner Sintermagnesit
	400.000 Meterzentner Magnesitsteine
Tschechoslowakei	1 Million Meterzentner Sintermagnesit
	30.000 Meterzentner Magnesitsteine
Ungarn	120.000 Meterzentner Magnesitsteine

Salzerzeugung, Produktion 1913.

Österreich	167.000 *t*
Tschechoslowakei	55.000 *t*
Jugoslawien	50.000 *t*
Polen	175.000 *t*

Bei voller Produktion kann Österreich mindestens 100.000 *t* exportieren, während die Tschechoslowakei zirka 200.000 *t*, Ungarn zirka 50.000 *t*, Jugoslawien zirka 100.000 *t*, Polen gleichfalls 100.000 *t* einführen müssen, die aus Deutschland geliefert werden.

Ein interessanter Zusammenhang wird deutlich sichtbar, wenn man die Produktion der Textilindustrie, zerlegt nach Spinne-

reien und Webereien, vergleicht. Zwei Studien über die Textilindustrie[11]) in der Tschechoslowakei und in Deutschösterreich geben darüber genauen Aufschluß. Von der gesamten Baumwollindustrie der alten Monarchie sind 97% aller Spindeln und 98% aller Webstühle in Österreich und der Tschechoslowakei vereinigt. Nachdem die Textilindustrie im früheren Ungarn nicht bedeutend war, kann man sagen, daß wenigstens 75% des Bedarfes an Textilerzeugnissen in der früheren Monarchie von diesen beiden Ländern gedeckt wurden. Von den Baumwollspindeln entfallen auf Österreich 25·3%, auf die Tschechoslowakei 71·7%, wovon in deutschen Gebieten wieder 34·1% montiert sind. Von der Weberei dagegen entfallen auf Österreich nur 8·8%, auf die Tschechoslowakei 89·3%, wovon in deutschen Gegenden 37·6% gelegen sind. Aus diesen vergleichenden Ziffern geht hervor, daß die Erzeugung von $16^1/_2$% der in Österreich gelegenen Spindeln in der Tschechoslowakei verwebt werden muß, und daß die Differenz der Leistungsfähigkeit zwischen den in der Tschechoslowakei vorhandenen Baumwollwebstühlen und den in der Tschechoslowakei gelegenen Baumwollspindeln, welche 17·6% beträgt, ungefähr dieser Ziffer entspricht. Wenn man diese Prozentzahlen in ein Verhältnis zu den vorhandenen Spindeln und Webstühlen bringt, so findet man, daß in der Tschechoslowakei 736.965 Spindeln, in Österreich 20.672 Webstühle fehlen und daß ferner die Finanzierung von $16^1/_2$% des Rohstoffbedarfes der Tschechoslowakei durch Österreich erfolgt, weil die Rohstoffbeschaffung bisher Aufgabe der kapitalskräftigeren Spinnereien gewesen ist. Würden nun beide Staaten daran gehen, die fehlenden Teilindustrien sich aufzustellen, was bei den ungeklärten Verkehrsverhältnissen und wechselseitigen Einfuhrplackereien zwischen den Nachfolgestaaten nicht ganz ausgeschlossen ist, so würden Neuinvestitionen von zirka 100,000.000 Schweizer Franken in beiden Staaten gemacht werden müssen, abgesehen von der erhöhten Kapitalsanforderung für die Rohstoffbeschaffung, mit welcher

[11]) Dr. Karl Janovsky, Textilindustrie und Bekleidungsgewerbe. Eduard Hölzl, Wien 1920. Dr. Karl Hudeczek, Die Wirtschaftskräfte Österreichs Manz, 1920.

die Summe auf mindestens 250,000.000 Schweizer Franken anwachsen würde.

Ähnlich sieht es in der Schafwollindustrie aus. In der Kammgarnspinnerei befinden sich 21·9% der Spindeln in Österreich und 74% in der Tschechoslowakei, davon in deutschen Gebieten 57·4%, in der Streichgarnspinnerei in Österreich 7%, in der Tschechoslowakei 89·7%. Von der Schafwollweberei sind in Österreich 4% der Webstühle, in der Tschechoslowakei 87% der Webstühle. Nachdem in Österreich hauptsächlich Streichgarnwebereien sind, so wird der Prozentsatz von 4% durch die österreichische Streichgarnspinnerei teilweise absorbiert. Es fehlen also in Österreich für zirka 24% der bestehenden Kammgarnspindeln die Webereien. Wenn man die Prozentsätze in Zahlen ausdrückt, so fehlen in Deutschösterreich zirka 5000 Schafwollstühle mit dazugehörigen Hilfsmaschinen und den Appreturen, deren Nachschaffung zirka 25,000.000 Schweizer Franken ausmachen würde, während der tschechoslowakische Staat mit seinen zirka 35.000 Webstühlen, deren Kapazität ein Vielfaches der Spinnereiproduktion übersteigt, zur Nachschaffung der fehlenden Spindeln beinahe 50,000.000 Schweizer Franken investieren müßte. Der gesamte Aufwand inklusive Betriebskapital für die Wollbeschaffung würde zirka 125,000.000 Schweizer Franken betragen. Die durch die Steigerung der Produktionsmittel erhöhte Erzeugung an Textilprodukten findet aber keineswegs geordnete Absatzverhältnisse vor, so daß bei der unsicheren Rentabilität es wohl nur dann zu diesen Investitionen kommen wird, wenn die gegenwärtigen schwierigen Verkehrsverhältnisse anhalten.

Vorstehende Darlegungen sind nur ein kleiner Abschnitt aus der Vielheit dieser internen Zusammenhänge und wurden nur herausgegriffen, weil sie besonders klar die Verhältnisse beleuchten. Auch in anderen Zweigen der Textilindustrie sind ähnliche Verhältnisse zu beobachten.

So in der Hanfspinnerei und Weberei, in der Seidenindustrie, wo nahezu die ganze Seidenappretur sich in Niederösterreich befindet und die verwebte Ware zur Appretur nach Wien geschickt werden muß. Nachdem 89·6% aller Seidenstoff- und

Bandwebstühle in der Tschechoslowakei, davon 79·2% in deutschen Gebieten gelegen sind, werden von diesem Mangel an Appreturanstalten zirka 14.000 Seidenwebstühle betroffen. Ungarn und Jugoslawien sind genötigt, da sie keine nennenswerte Fabriksindustrie für Textilwaren besitzen, 70% des Bedarfes zu importieren. In diesen beiden Ländern ist die Hausindustrie stark entwickelt. Polen kann seinen Bedarf decken und sogar kleinere Quantitäten exportieren.

Betreffs der Bekleidungsindustrie erscheint es schwieriger feststehende Ziffern anzuführen, da ein Großteil sich als Heim- und Verlagsarbeit unter Verwendung von Geräten und Maschinen, die dem Arbeiter gehören, abspielt; die große Zahl kleiner selbständiger Unternehmer läßt ein genaueres Erfassen dieser Industrie an der Hand betriebsstatistischer Daten schwer zu. Nach der vom arbeitsstatistischen Amte im Handelsministerium im Jahre 1907 herausgegebenen Publikation über die Arbeitszeit in den Fabriksbetrieben entfielen in Alt-Österreich von 474 einschlägigen fabriksmäßigen Betrieben und 36.801 darin beschäftigten Arbeitern 188 Betriebe, 39·66% und 14.113 Arbeiter, 36·98% auf das Gebiet von Österreich. Infolge der im Kriege eingerichteten mechanischen Erzeugung von Bekleidungsgegenständen aller Art im großen Stil dürfte sich das Prozentverhältnis in Österreich eher verdoppelt haben. Um ein verhältnismäßiges Bild gegenüber der Bekleidungsindustrie im tschechoslowakischen Staate zu erhalten, seien die Daten der Volkszählung im Jahre 1910 hier angeführt. Danach waren im Bekleidungsgewerbe 741.790 Personen (hauptsächlich tschechischer Nationalität) in Alt-Österreich beschäftigt. Hievon entfallen 36·26% oder 268.991 Personen auf das heutige Österreich und 42·86% oder 317.995 Personen auf die an die Tschechoslowakei entfallenden Gebiete. Im Industriekompaß erscheinen unter den Kleider- und Wäscheerzeugern usw. 1500 Firmen im heutigen Österreich, davon 1230 Firmen in Wien, dagegen im tschechoslowakischen Staate 830 Firmen, davon in Prag nur 250, in Proßnitz 100 und in Pilsen 25 Unternehmungen. Aus vorstehenden Angaben geht die überragende Bedeutung Wiens

für die Bekleidungsindustrie und damit für die Textilindustrie des gesamten ehemaligen Wirtschaftsgebietes hervor, wenn man in Betracht zieht, daß zirka 90% der Baumwoll- und Schafwollweberei sich in der Tschechoslowakei befindet, dagegen zirka 36% des Bekleidungsgewerbes der früheren Monarchie in Neu-Österreich ansässig ist. Hiebei kommt noch in Betracht, daß das Großstadtmilieu Wiens ein ständiges Reservoir für den Nachwuchs geschulter für geschmackvolle Ausführung verständniszeigender Arbeitskräfte bildet. Das Wiener Modegewerbe hat in ganz Osteuropa einen festgegründeten Ruf und ausgezeichnete Exportorganisationen und erscheint selbstverständlich nicht auf die Bezüge aus der Tschechoslowakei angewiesen. Nachdem nahezu in demselben Strom, dem der Export der Bekleidungs-

Tabelle XXXI.

Die Textilindustrie nach dem Stande vom Juni 1914.

Baumwollindustrie.

Alt-Österreich.

	Rohmat. verarb. Betriebe, Reißereien, Feinspinnereien, Abfall- und Vigognespinnereien, Putzwolle- und Wattefabriken	Halbfab. verarb. Betr., Zwirnereien, Webereien, Bandweb., Tüllgardinen, Spitzen, Wirk- und Strickwaren	Veredelungsindustrie, Bleicherei, Färberei, Druckerei	Zusammen
Zahl der Betriebe . . .	301	886	307	1.494
Zahl der Arbeiter (ohne Meister)	43.848	105.355	27.162	177.365
HP	134.619	78.505	32.521	245.645
Zahl der Maschinen . .	1.252	156.421	212	157.885
Spindeln	4.617	416	—	5.033
Rohmaterial (*t*).				
Baumwolle	180.019	—	—	—
Baumwollabfall	33.627	—	—	—
Andere Rohmaterialien .	2.650	—	—	—
Garne	—	162.566[12])	—	—
Rohmat. Halbfabrikate .	—	—	100.191[12])	—
Ganzfabrikate	—	—	207.000[12])	—

[12]) Da die Ausfuhr in Garnen und rohen wie bedruckten, gefärbten etc. Geweben die Einfuhr in diesen Artikeln erheblich überstieg, sind die Rohmaterialien dieser Gruppen als identisch mit den obengenannten anzusehen.

Tabelle XXXIV.

Baumwollindustrie.

Aufgeteilt auf Neu-Österreich und Tschechoslowakei.

	Rohmaterial verarbeit. Betriebe, Reißereien, Feinspinnereien, Abfall- und Vigognespinnereien, Putzwolle- und Wattefabriken		Halbfabrikate verarbeitende Zwirnereien, Webereien, Bandwebereien, Tüllgardinen, Spitzen, Wirk- und Strickwaren		Veredelungsindustrie, Bleicherei, Färberei, Druckerei		Zusammen	
	Neu-Österr.	Tschechosl.	Neu-Österr.	Tschechosl.	Neu-Österr.	Tschechosl.	Neu-Österr.	Tschechosl.
Zahl der Betriebe	64	230	132	756	69	232	265	1.218
Zahl der Arbeiter	10.741	31.266	12.324	92.381	6.576	20.446	29.641	143.093
HP	33.589	101.030	10.457	68.048	7.797	24.724	51.843	193.802
Maschinen	270	982	14.223	139 698	57	155	14.550	140.735
Spindeln	1.171	3.310	144	272	—	—	1.315	3.582

Rohmaterial (*t*).

Baumwolle	43.040	128.713	—	—	—	—	—	—
Baumwollabfall	4.151	29.077	—	—	—	—	—	—
Andere Materialien	934	1.716	—	—	—	—	—	—
Garne	—	—	19.367	140 208	—	—	—	—
Rohmaterial, Halb-, Ganzfabrikate in *t*	—	—	—	—	22.687	76.904	—	—
„ „ „ „ 1000 *m*	—	—	—	—	63.000	142.000		

und Modeerzeugnisse folgt, auch der Textilhandel seinen Weg nimmt, erscheint es für die tschechoslowakische Textilindustrie von der größten Wichtigkeit dieses Absatzgebiet zu erhalten, weil sie bei Wiederkehr normaler Verhältnisse diese Beschäftigung für ihre 400.000 Textilarbeiter benötigt.

Tabelle XXXV.

Kammgarnspinnerei.

	Zahl der Spindeln	in %
Alt-Österreich	608.000	100
Neu-Österreich	133.000	22
Tschechoslowakischer Staat	450.000	74

Streichgarnspinnerei.

Alt-Österreich	737.000	100
Neu-Österreich	57.000	7·7
Tschechoslowakischer Staat	587.000	79·7
Polen	93.000	12·6

Weberei.

	Zahl der Webstühle	in %
Alt-Österreich	37.525	100
Neu-Österreich	1.500	4
Tschechoslowakischer Staat	32.625	87

Tabelle XXXVI.

Leinenindustrie.

Spinnerei.

	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	%	Zahl der Spindeln	%
Neu-Österreich	1	638	4·7	8.563	2·9
Tschechoslow. Staat	25	12.839	95·3	279.992	97·1
Zusammen	26	13.477	100	288.555	100

Zwirnerei.

Neu-Österreich	1	35	3·6	708	3·2
Tschechoslowak. Staat	21	938	96·4	21.521	96·8
Zusammen	22	973	100	22.229	100

Weberei.

	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	in %	Zahl der mechan. Webst.	in %	Zahl der Handwebstühle	in %
Neu-Österreich .	19	1.367	4	320	2·1	463	3·9
Tschechosl. Staat	184	32.446	96	14.863	97·9	11.357	96·1
Zusammen . .	203	33.813	100	15.183	100	11.820	100

Bandweberei und Flechterei.

	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	%	Zahl der Bandwebst. bzw. Flechtmaschinen	%
Neu-Österreich	4	200	17·6	309	31·3
Tschechoslowak. Staat . .	12	936	82·4	677	68·7
Zusammen . .	16	1.136	100	986	100

Tabelle XXXVII.

Hanf- und Juteindustrie.

	Zahl der Betriebe	Zahl der Spindeln	in %	Zahl der Arbeiter	in %	Betriebskraft *HP*	in %
Neu-Österreich	2	13.421	38·6	1.088	37	1.897	35·1
Tchechoslow. Staat .	8	18.241	52·4	1.445	49·1	2.914	53·8
Poln. Staat	1	3.147	9	408	13·9	600	11·1
Zusammen	11	34.809	100	2.941	100	5.411	100

Die Jutespinnerei und ihre Kapazität hatten folgende Verteilung:

	Zahl der Betriebe	Zahl d. Spindeln	in %	Zahl d. Webstühle	in %	Zahl d. Arbeiter	in %	Betr.-kraft *HP*	in %
Neu-Oesterr. .	1	9.970	19	368	16·4	1.299	17·1	2.200	16·7
Tschechoslow. Staat	10	34.526	66	1.409	62·7	4.734	62·5	8.833	67
Pol. Staat . .	2	4.554	8·7	271	12	937	12·4	1.400	10·6
Triest	1	3.280	6·3	200	8·9	605	8	7.50	5·7
Zusammen	14	52.330	100	2.248	100	7.575	100	13.183	100

Tabelle XXXVIII.

Hanf- und Jutewebereien.

	Zahl der Betriebe	Zahl der Webstühle	in %	Zahl der Arbeiter	in %	Betriebskraft *HP*	in %
Neu-Österreich. .	2	88	9·1	285	12	220	6·6
Tschechoslowak. Staat	9	880	90·9	2.093	88	3.073	93·4
Zusammen . .	11	968	100	2.378	100	3.293	100

Mechanische Seilerei.

	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	in %	Betriebskraft HP	Betriebskraft in %
Neu-Österreich	10	208	40·4	252	43·8
Tschechoslowakischer Staat	7	225	49·6	319	55·2
S. H. S. Staat	2	52	10	6	1
Zusammen	19	515	100	577	100

Stoff- und Bandfabriken.

	Zahl der Betriebe	in %	Zahl der Arbeiter	in %	Zahl der Webstühle	in %
Neu-Österreich	12	18·5	2.173	9·9	1.652	10·4
Tschechoslowak. Staat	53	81·5	19.833	90·1	14.221	89·6
Zusammen	65	100	22.006	100	15.873	100

Tabelle XXXIX.

Haarhutfabriken.

	Neu-Österreich	Tschechoslow. Staat	Sonst. Gebiete Alt-Österr. (Galizien)
Zahl der Betriebe	11	4	—
in %	73	27	—
Zahl der Arbeiter	1.588	3.750	—
in %	29·9	70·1	—

Haar- und Wollhutfabriken.

Zahl der Betriebe	4	1	—
in %	80	20	—
Zahl der Arbeiter	1.449	120	—
in %	92·4	7·6	—

Wollhutfabriken.

Zahl der Betriebe	—	8	1
in %	—	88·9	11·1
Zahl der Arbeiter	—	2.660	220
in %	—	92·4	7·6

D. Verkehrs- und Bankwesen.

a) Verkehr.

Aus vorstehenden Feststellungen wurde versucht den Nachweis zu erbringen, wie enge verwachsen die Wirtschaftsgebiete der Sukzessionsstaaten durch das gemeinsame Erleben von 300 Jahren moderner industrieller Entwicklung sind; aber diese Feststellungen würden lückenhaft sein, wenn nicht auch der Aufbau des Verkehrs- und Versicherungswesens und des Banksystems noch einer kurzen Betrachtung unterzogen würden.

Um die Entwicklung, vor allem aber die Bedeutung des Verkehrs zu überblicken, ist es interessant, die Werte in Betracht zu ziehen, die durch den Verkehr hervorgebracht werden. Eine durch ihren organisatorischen Aufbau bemerkenswerte statistische Arbeit „Das Volkseinkommen Österreichs und Ungarns" von Friedrich von Fellner, Manz, Wien, 1917, enthält einiges Material, das über diese Werte Aufschluß gibt; es ist natürlich nicht möglich, diese Ziffern, die die beiden Reichshälften je in ihrer Gesamtheit behandeln, auf die Nachfolgestaaten zu verteilen; aber in Anbetracht der finanziellen Basis des Handels in Wien und Budapest dürfte es zutreffen, wenn man diese mit je 40% für Wien und Budapest annimmt. Es ist aber nicht unmöglich, diese erfahrungsgemäß und nach dem Gefühl erfolgte Aufteilung auch durch Bearbeitung von Detailmaterial, das sicherlich vorhanden ist, festzustellen, wenn auch dies für den Zweck dieser Arbeit unnötig ist. Hier handelt es sich um die Feststellung des Umstandes, daß der Güteraustausch sein Zentrum in Wien und Budapest hatte.

Schon im Jahre 1221 (Wiener Stadtrecht) erfreute sich der Wiener Handel gewisser Privilegien, so war der Warentrans-

port donauabwärts ihm vorbehalten[1]). So war schon im 13. Jahrhundert der Wiener Pfennig wie später der Mariatheresientaler in der Levante allgemein im Umlauf, ja die tschechische und slowenische Bezeichnung für Geld weist direkt darauf hin: Wiener (Vinar, respektive Vidensky)[2]). Wien lebte zu Ende des Mittelalters von dem byzantinischen und dem venetianischen Handel; nachdem dieser seine Bedeutung verloren hatte, blieb es trotzdem als internationale Handelsstadt von großem Einfluß. Der aus Deutschland eingewanderte Dichter Wolfgang Schmältzle berichtet in seiner poetischen Beschreibung Wien (1548), er habe am Lugeck (Platz in der Stadtmitte) Kaufleute jeder Nation und Kleidung gesehen. Man höre so viel Sprachen, daß man in Babel zu sein glaube, nämlich hebräisch, griechisch, lateinisch, deutsch, französisch, türkisch, spanisch, böhmisch, windisch, italienisch, ungarisch, niederländisch, syrisch, kroatisch, serbisch, polnisch und chaldäisch[3]). Dieser historischen Entwicklung ist auch die Gegenwart treu geblieben und der Zukunft bleibt es vorbehalten, uns zu zeigen, ob künstliche Konstellationen solche, die aus natürlicher Entwicklung hervorgegangen sind, überwinden können.

Fellner berechnet in Österreich nach der Betriebszählung vom 3. Juni 1902 399.412 Handels- und Transportbetriebe[4]), nach der Volkszählung von 1910 567.097 Personen, welche ständig mit Handel und Transport beschäftigt waren und deren Einkommen er auf *K* 1.098,000.000 schätzt[5]). In Ungarn waren (laut Volkszählung 1910) 133.929 Personen mit Handel und Verkehr beschäftigt[6]), deren Einkommen Fellner mit *K* 259,000.000

---

[1]) Landau, Die Entwicklung des Warenhandels in Österreich, 1906, S. 10.

[2]) F. M. Mayer, Geschichte Österreichs, 3. Aufl. 1909, I. Bd., S. 181 bis 185, 260, 499.

[3]) Wolfgang Schmältzle, Lobspruch auf Wien, vollständig abgedruckt im Urkundenbuch zu Hormayrs Geschichte, Wien, 2. Jahrgang, II. Bd., S. LXXV.

[4]) Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 3. Juni 1901, Wien 1908, S. XLVII.

[5]) Österreichisches statistisches Handbuch 1913, S. 30.

[6]) Die Volkszählung der Länder der ungarischen heiligen Krone im Jahre 1910, Vierter Teil, Budapest 1915, S. 22.

berechnet. Um den Wertzuwachs zu errechnen, welchen sämtliche Waren während eines Jahres durch den Transport in ihrer Gänze erfahren, berechnet Fellner die gesamten Einnahmen des Frachtenverkehrs auf den Bahnen und Dampfschiffunternehmungen (Donau, Elbe, Moldau, Weichsel usw.); er findet für Österreich im Durchschnitt der Jahre 1911/12 die Summe von zirka *K* 1.941,000.000, für Ungarn *K* 722,000.000[7]). Fellner schätzt dieses Einkommen auf 15·15% des österreichischen und 9·91% des ungarischen gesamten Volkseinkommens. Die Bedeutung dieser Ziffern wird noch klarer, wenn man aus derselben Tabelle entnimmt, daß 64·4% (*K* 4695.000,000.000) des ungarischen und 35·99% (*K* 4609.000,000.000) des österreichischen Volkseinkommens von der Urproduktion (Ackerbau, Viehzucht, Weinbau, Obst, Gemüsegärtnerei, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, Bergbau und Hüttenwesen) stammt, während 23·24% (*K* 1694.000,000.000) des ungarischen und 44·20% des österreichischen Volkseinkommens (*K* 5663.000,000.000) aus der Fabriksindustrie und dem Gewerbe gewonnen werden. Der Rest, 2·45% in Ungarn und 4·66% in Österreich stammte aus Forderungen gegen das Ausland, welchen wieder umgekehrt noch größere Verpflichtungen an das Ausland gegenüberstanden. Aus diesen Ziffern geht klar hervor, daß ein Güteraustausch von Rohstoffen aus den Ländern der ungarischen Krone nach den österreichischen Ländern gegen Industrieerzeugnisse stattgefunden hat, der zirka 30% der Urproduktion und zirka 20% der industriellen Erzeugnisse der gesamten Jahresproduktion betroffen hat; nachdem die Warenbewegung aber niemals den geraden Weg zum Konsumenten zurücklegt, sondern den Gesetzen traditioneller Handels- und industrieller Entwicklung folgt, dürfte diese Bewegung noch einen viel größeren Umfang angenommen haben. Da das österreichische Volkseinkommen größer war, wie das ungarische, so bedeuten die 15·15% einen größeren Wert wie die ungarische Summe, sie sind beinahe dreimal größer.

Aus der Handelsstatistik des Zwischenverkehrs zwischen den beiden Staaten der alten Monarchie ist in den Vorkriegs-

[7]) Fellner, Das Volkseinkommen Österreich-Ungarns, S. 94 bis 95.

jahren bekannt gewesen, daß ungefähr *K* 1.000,000.000 österreichischer Produkte gegen *K* 800,000.000 bis *K* 900,000.000 ungarischer Produkte nach der Wertverrechnung ausgetauscht wurden[8]). Österreich partizipierte an der Einfuhr Ungarns in den Jahren 1907 bis 1911 mit 72·47 bis 77·55%, an der Ausfuhr Ungarns mit 73·43 bis 76·07%, zirka 3 bis 8% entfielen auf die Nachbarstaaten Serbien, Rumänien, Türkei, Bulgarien usw. und der Rest (Kolonialwaren und Rohstoffe) vorwiegend auf das Zollausland[9]). Die Industriepolitik der ungarischen Regierung mit staatlichen Subventionen eine nationale Industrie zu schaffen, richtete sich hauptsächlich gegen den großen Überschuß der österreichischen Einfuhr an gewerblichen Erzeugnissen über die ungarische Ausfuhr. Für die künstlich geschaffene Industrie wurden auch die nach dem Landeszentrum gerichteten Verkehrswege ausgebaut; der größte Teil dieser Industrie fiel, abgetrennt von seiner finanziellen Basis, die in Budapest und Wien war, mit der Slowakei an die tschechische Republik. Das Wiener Becken war schon früher die Drehscheibe des Güteraustausches zwischen Böhmen usw. und Ungarn, ist es aber verkehrspolitisch jetzt noch mehr geworden, da die ungeregelten staatlichen Beziehungen, zu welchen noch der Mangel an Handelsorganisationen in den neuen Staaten kommt, da diese doch in Wien konzentriert waren, einen direkten Warenverkehr auch aus valutarischen Gründen und eisenbahntechnischen Schwierigkeiten in weite Ferne rückt. Aber auch hier spielt das Moment unnötiger Investitionen für das Gleichgewicht in dem Budget aller Staaten eine große Rolle — das in Österreich vorhandene Eisenbahnnetz mit den Anschlußlinien, die von den national entwickelten Staatseisenbahndirektionen nach einem föderalistischen System verwaltet wurden, genügte im allgemeinen dem Waren- und Personenverkehr im Donaubecken und das für die Weiterentwicklung dieses Eisenbahnnetzes bestandene Bauprogramm entwickelte sich aus den territorialen Wünschen aller Wirtschaftskreise im freien Spiel der Kräfte. Das Verkehrsnetz eines Landes kann nicht dicht

[8]) Paul Samassa, Der Völkerstreit im Habsburgerstaat, Leipzig 1910, S. 95.
[9]) Bela Katona, Die Volkswirtschaft Ungarns 1912, Budapest, Legrady 1913.

genug sein, nichts fördert mehr die Produktion als Kommunikationsgelegenheiten, aber sie sollen aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten herauskommen. Obwohl die nördlichen Nachfolgestaaten, Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Ukraina ihre Wirtschaftssysteme aus dem Binnenhandel und damit auch ihr Verkehrssystem in dieser Richtung ausgebaut haben, existieren doch speziell nach dem Triester Hafen besonders günstige Warentransportmöglichkeiten, während der Seeverkehr über Deutschland von altersher gewohnt mehr finanziellen Voraussetzungen beim Rohstoffeinkauf, zum Teil auch der Elbeschiffahrt seine Entwicklung verdankte.

Die Bedeutung des Triester Hafens (Triest schloß sich freiwillig zuerst 1368 und endgültig 1382 den Donauländern, d. h. Österreich, an) für die Donauländer wurde schon frühzeitig erkannt (Karl VI. 1719). Alfred Escher, Mitglied des Herrenhauses, Triest, sagt in seinem Buche: „Triest und seine Aufgaben im Rahmen der österreichischen Volkswirtschaft“[10]: „Es macht einen erfreulichen Eindruck, wenn man die Berichte der obersten Hofstellen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchblättert, in denen sich vollkommene Beherrschung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit weitsichtigen wirtschaftlichen Grundsätzen paarte... Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte mit der politischen auch eine wirtschaftliche Umkehr in Österreich.“

Der Polizeigeist, die unsichere politische Orientierung, die Beengung des Unternehmertums brachten die Ansätze zu einer Entwicklung des österreichischen Reichshafens wenn nicht zum Rückgang, so doch zu einem jahrzehntelangen Stillstand. Diese Sünden wurden erst in den letzten Jahren gutgemacht, aber der Vorsprung anderer Welthäfen konnte nicht mehr ganz eingeholt werden.

Es wird Italiens Aufgabe sein, sich wirtschaftlich in diesen Organismus des Donauhandels einzugliedern[11]; je größer dessen

[10]) Alfred Escher, Triest und seine Aufgaben im Rahmen der österreichischen Volkswirtschaft, Wien, Manz, 1917.

[11]) Gino Scarpa, Triest, L'Italia e la Medianeuropa, Rom, F. Centenari, 1917.

geeinigtes Wirtschaftsgebiet ist, desto gesünder bleiben seine Entwicklung und die darauf ruhenden Handelsbeziehungen. Zur Verbilligung der Frachten nach Triest ist der Ausbau der alpinen österreichischen Wasserkräfte zwecks Elektrisierung des Eisenbahnwesens ebenso ein Postulat wie die Begünstigung der Industrieentwicklung und der Fremdenindustrie, welche von den Triester Handelsorganisationen gefördert werden; eine wirtschaftliche Vereinigung der Donaustaaten und verkehrspolitische und valutarische Maßnahmen können die Freistadt Triest auch unter italienischer Staatshoheit für die Zukunft in den Stand setzen, ihre bisherige Bedeutung nicht zu verlieren.

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des Eisenbahnverkehrsnetzes, der Straßenlinien und Postanstalten zwischen den österreichischen Nachfolgestaaten.

In der übergroßen Entwicklung des Zeitungswesens in Böhmen wird man nicht fehl gehen, nebst allgemeiner Hebung des kulturellen Niveaus die Beeinflussung durch die sich entwickelnde nationale Bewegung zu sehen. Die Bedeutung der Tabellen liegt nur darin, daß man aus der raschen Entwicklung aller Verkehrseinrichtungen auf die innere Gesundheit der Reichswirtschaft schließen kann; wenn auch die Tabellen keinen Überblick über das ganze Reich geben, läßt sich doch annehmen, daß die fehlenden statistischen Ziffern ähnliche erfreuliche Resultate aufwiesen. Jedenfalls ist gerade die rapide Entwicklung des Verkehrs- und Postwesens, welche doch am meisten mit den innerpolitischen Verhältnissen zusammenhängt, ein Beweis dafür, daß entgegen allen zentrifugalen nationalen Kräften das überstaatliche Reichswirtschaftssystem sich abseits von den nationalen politischen Streitigkeiten und dem dynastischen Machtkampfe durchsetzen konnte.

Gegenwärtig beginnt sich zwischen den Nachfolgestaaten eine handelspolitische Annäherung zu entwickeln; wenigstens weisen die verschiedenen Handelsübereinkommen, Kontingent- und Kompensationsverträge darauf hin, daß sich die Erkenntnis des wirtschaftlich Aufeinanderangewiesenseins langsam Bahn bricht.

A. Eisenbahnen.

Länge in Kilometern.

1837	74 *km*
1850	3.357 „
1880	11.430 „
1913	22.981 „ (18.860 *km* Staatseisenbahnen).

B. Landstraßen.

	Böhmen, Mähren und Schlesien	Sonstiges Österreich	Alt-Österreich
1916	35.514	55.529	91.043
1881	54.694	72.417	127.111

C. Wasserstraßen.

Floßbare Länge der Flüsse 3880 *km*
Schiffbare „ „ „ 2577 „ (für Dampfschiffe befahrbar 1335 *km*).

Postbetrieb.

	Böhmen, Mähren und Schlesien	Sonstiges Österreich	Alt-Österreich
1. Postanstalten			
1881	1.534	2.499	4.033
1913	3.521	6.464	9.985
2. Zahl der Briefsendungen[12])			
1881	126,714.500	215,012.100	341,726.600
1913	731,992.750	1.317,929.970	2.049,922.720
3. Zahl d. Zeitungssendungen[12])			
1881	21,286.500	54,692.400	75,978.900
1913	139,406.130	190,721.760	330,127.890

Telegraphenbetrieb.

1. Telegraphennetz in *km*			
1881	21.002	41.805	62.807
1913	44.303	114.346	158.649
2. Aufgegebene Telegramme			
1881	1,360.798	3,017.535	4,378.333
1913	4,324.769	10,497.012	14,821.781

[12]) 1881 einschließlich Transitverkehr, 1913 ausschließlich Transitverkehr.

Telephonwesen.

	Böhmen, Mähren und Schlesien	Sonstiges Österreich	Alt-Österreich
1. Anzahl der Abonnenten			
1913	48.972	108.961	157.933
1916	55.693	132.311	188.004
2. Drahtlänge in *km*			
1913	138.683	419.239	557.922
1916	172.932	510.553	683.485

b) Bankwesen.

Die Geschichte der österreichischen Finanzen ist im allgemeinen düster und wenig erfreulich.[13])

Die 1703 gegründete Girobank, das Wiener Stadtbanko (1706) und die Universalbankalität (1714 bis 1745) waren alle vom Staate in Anspruch genommen. Die erste Bank nach der 1816 gegründeten k. k. privilegierten Nationalbank, wurde von ständischer Seite in Galizien, „als ständische Kreditanstalt“ 1841 ins Leben gerufen (seit 1868 unter dem Namen „Galizischer Bodenkredit-Verein“). Es war die Zeit der großen Privatbankiers, der Losanleihen hochadeliger Häuser[14]), welcher auch eine kommunistische Bankgründung (ähnlich dem Volksbankprojekte Proudhons) von Svoboda nicht fehlte, das in der Revolution 1848 entstanden, zwei Minister unter seinen 40.000 Zeichnern zählte und wenige Stunden nach seiner Gründung zusammenbrach; den entstandenen Schaden mußte die Regierung vergüten.

Der wirtschaftliche Aufschwung nach der Revolution des Jahres 1848 zusammen mit dem westländischen Einfluß, den Lehren Adam Smith und den Ideen der Saint-Simonisten-Schule über das Bankwesen, brachte eine Anzahl von Neugründungen von Banken in Österreich hervor, welche alle in Wien ihren Sitz hatten und von da das ganze weite Reich umspannten. Die Beteiligung des französischen Kapitales an dem Ankauf der Bahnen 1855 brachte in Wien ein französisches Projekt zur Ausführung,

[13]) Dr. Franz Freiherr v. Mensi, Die Finanzen Österreichs von 1701 bis 1740, Manz, 1890.

[14]) Sieghart, Öffentliche Glücksspiele, S. 247.

die Gründung der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe. Unter den Konzessionären findet man außer dem Wiener Bankhaus S. M. v. Rothschild und dem Prager Bankhaus Leopold Lämel, nur noch Vertreter des Hochadels, Max Egon Fürsten von Fürstenberg, Johann Adolf Fürsten von Schwarzenberg, Vinzenz Karl Fürsten von Auersperg, Otto Grafen Chotek, Louis von Haber.

Die Zusammensetzung des Gründungssyndikates erscheint nur deswegen interessant, weil demselben der Feudaladel aller Nationalitäten angehört und die erste Bankgründung österreichisches und tschechoslowakisches Kapital vereinigte. Dieses System von Gründungen ist mehr oder weniger bis zum heutigen Tage üblich geblieben.

Nach der Reinigung des Bankwesens[15]) durch den großen Börsenkrach und der teilweisen Abwanderung des ausländischen Kapitales, baute sich das österreichisch-ungarische Bankwesen auf einer neuen Grundlage wieder auf und gelangte zu der mächtigen Entfaltung, welche es zu Beginn des Weltkrieges zu einer in der ganzen Finanzwelt geachteten Stellung emporhob.

Von der österreichischen Staatsschuld und an Bankaktien usw. waren ungefähr 20% im Werte von *K* 2800.000,000.000, von den ungarischen Werten zirka 33% = *K* 3000.000,000.000 im Ausland meist in deutschen Besitz[16]). Von den Eisenbahnwerten Österreichs waren zirka $72^1/_2$% der Obligationen oder *K* 1,477,000.000, von den Aktien 39·3% oder *K* 45,000.000[17]), von den Obligationen und Aktien der Transport- und Schiffahrtsunternehmungen 38·7% oder zirka *K* 78,000.000 und von den Versicherungsgesellschaften 33·4% oder *K* 29,000.000, zusammen *K* 1.629,000.000 im Ausland placiert[18]).

In Ungarn war das Eisenbahnnetz in vorgeschrittener Weise verstaatlicht, daher sind die Summen der vorhandenen Aktien

---

[15]) Fritz G. Steiner, Die Entwicklung des Mobil-Bankwesens in Österreich, Konegen, Wien 1913.

[16]) Bela Katona, Budapest, S. 96.

[17]) Österr. Eisenbahnstatistik für das Jahr 1912, I. Bd., Wien, 1914.

[18]) Österr. statistisches Handbuch 1913, S. 173. ?

und Obligationen geringer. Von den Eisenbahnwerten befinden sich (zirka 70% weniger 30% in Österreich) 40% im Ausland, d. s. zirka *K* 456,000.000[19]). Wie viel während des Krieges von diesen Werten zurückgewandert sind, läßt sich momentan nicht feststellen, sicher ist aber, daß die ausländischen Gläubiger allen Grund haben, die Voraussetzungen der Rentabilität wiederhergestellt zu sehen, unter welchen sie Nehmer der Effekten waren.

Im Jahre 1913 bestanden in Wien zwölf Groß- und Mittelbanken, deren eigene Mittel *K* 874,000.000, inklusive ausgewiesener Reserven zirka *K* 1.243,000.000 betrugen[20]); die Kreditoren betrugen *K* 3.433,000.000, die Debitoren *K* 3.616,000.000 (im Jahre 1918 vergleichsweise 2160 eigene Mittel, Kreditoren 11.963, Debitoren 10.710). In ganz Österreich waren in Aktien, Banken und Kreditinstituten im Jahre 1913 *K* 1.295,500.000 angelegt, wovon zirka 21% im Auslande gelandet waren[21]). Die Ziffern haben sich bis Ende 1920 mindestens vervierfacht, dazu kamen die zwölf rein tschechischen Banken, welche insgesamt 1913 über *K* 276,000.000 verfügten — 20%[22]), Aus diesen Ziffern ist ersichtlich, daß das Kapital der rein tschechischen Mobilbanken zirka 20% der österreichischen Banken betragen hat. Das Verhältnis der sonstigen Anlagen bei Geldinstituten wie Raiffeisenkassen, Bürgerlichen Vorschußkassen, Sparkassen, Landesanstalten, Versicherungsgesellschaften dürfte für das tschechische Kapital eher günstig sein und den Bevölkerungsverhältniszahlen mehr entsprechen, weil die tschechischen Bankgründungen mit Ausnahme zweier Mittelbanken durchwegs Neugründungen waren und erfahrungsgemäß die anlagesuchenden fremden Gelder konservativ verwaltet werden und neuen Banken schwerer zuströmen; außerdem können diese Geldanlagen vergleichsweise außer Betracht bleiben, weil sie für Handel und Industrie wenig in Betracht kommen.

---

[19]) Fellner, S. 105.

[20]) Die Tätigkeit der Banken, Dr. Max Sokal, Wien 1920.

[21]) Österr. statistisches Handbuch, 1913, S. 270.

[22]) Zdenko Tobolka, Das böhmische Volk.

Aus dieser Ziffer von 20% ist ersichtlich, daß die Finanzierung des ganzen österreichischen Handels und der Industrie von den österreichischen Banken bis zum Kriege durchgeführt wurde; denn die neuen tschechischen Banken wendeten sich hauptsächlich lokalen Aufgaben zu und Gründungen mehr tschechisch-nationalen Charakters; auch die Budapester Banken, welche teilweise mit Hilfe der Wiener Bankgruppen sich entwickelten, waren die Finanzierungszentrale des ganzen Handels Ungarns.

Die 1994 Kreditinstitute in Ungarn hatten im Jahre 1913 ein Kapital von *K* 1.647,500.000, die Budapester Kreditinstitute allein *K* 831,000.000, wovon *K* 368,900.000 oder zirka 45% in Österreich, placiert waren[23]). Die 1022 Industrieaktiengesellschaften hatten Aktien und Obligationen im Betrage von *K* 1.090,000.000, davon *K* 198,500.000 in Österreich oder zirka 20%[24]).

Die von Ungarn abgetrennte Slowakei besitzt daher keine genügende finanzielle Organisation, abgesehen von den Preßburger oder Kaschauer Filialbanken und den kleinen finanziell schwachen Provinzinstituten, welche sich an die Budapester Großbanken anlehnten. Durch den relativ günstigen Stand der tschechischen Krone muß die Slowakei daher von den böhmischen und mährischen Instituten alimentiert werden, was zu einer Stagnation des Wirtschaftslebens führen muß, da der Ausbau der finanziellen Rüstung der Tschechoslowakei, falls sie nicht vom Ausland mächtig unterstützt wird, längere Zeit dauern wird!

Besonders das Hypothekarwesen fehlt jetzt vollständig; die größten Hypothekenbanken, die Österreichisch-Ungarische Bank (Hypotheken-Abteilung), die österreichische Zentral-Bodenkreditbank und die k. k. privilegierte allgemeine österreichische Bodenkredit-Anstalt hatten 1912/13 zirka *K* 500,000.000 zu 4% auf ungarischem Boden, davon einen sehr großen Teil in der Slowakei, ausständig. Dieser Geldzufluß fehlt nun vollständig, da

[23]) Die Kreditinstitute der Länder der heiligen ungarischen Krone in den Jahren 1894 bis 1909. Budapest 1913, S. 8 und 91.

[24]) Ungarisches statistisches Jahrbuch, 1913, S. 124 und 212.

die Provinzsparkassen den Nachschub schon infolge der Wertsteigerungen nicht leisten können — dadurch stockt die Investitionstätigkeit.

Durch die Auflösung der alten Monarchie in die Sukzessionsstaaten blieben die Bankensysteme mit dem ganzen großen Organisationsapparat und Gebäuden in den früheren Hauptstädten, besonders in Wien, zurück. Die den Filialbanken in den Nachfolgestaaten zufallende große Aufgabe an Stelle des früher bestandenen Reichsbankensystems zu treten, führte zu einer Nationalisierung, teilweise zu einer Fusion mit im Lande bereits bestehenden Instituten, doch fehlt ihnen sowohl die Kapitalskraft, wie die auf traditionellem Vertrauen in der europäischen Finanzwelt aufgebaute Führung.

Diesem Umstand ist es nebst anderen Ursachen, die in dieser Arbeit schon angeführt wurden, zuzuschreiben, daß der geschäftliche Einfluß Wiens, besonders in der Tschechoslowakei, noch vorherrschend bleibt. Nachdem aber hauptsächlich die Deutsch-Tschechen im tschechoslowakischen Staat die Führung der Produktion und des Handels besitzen, diesen also vor allem die große Aufgabe des Neuaufbaues der nationalisierten Wirtschaft zufällt, wird die Haltung der Regierungskreise in der Zukunft zu bestimmen haben, ob hierfür die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind. Dazu gehört vor allem viel, sehr viel ausländisches Kapital, und die Herbeischaffung dieses Kapitals wird letzten Endes entscheidend in die Wagschale fallen. Die Rohstoffversorgung, der Wiederaufbau, respektive die Erneuerung und die Ergänzung der Industrie durch die fehlenden, in den anderen Nachfolgestaaten gelegenen Betriebe, die Kapitalbeschaffung für den Aufbau einer eigenen, dem Produktionsumfang genügenden Banken- und Handels-Organisation, die Beschaffung der Staatskredite für die nötigen Investitionen in Verkehr, Post, Telegraph, Telephon und nicht zuletzt im Unterrichtswesen werden Mittel erfordern, die mehrere Milliarden Schweizer Franken in Form sehr langfristiger Kredite betragen müßten.

Ähnliche Verhältnisse, wenn auch teilweise bescheidenere

Summen betreffend, liegen bei den anderen Sukzessionsstaaten vor, so daß letzten Endes das leidige Geld entscheiden wird, ob diejenigen Nachfolgestaaten, welche nicht in die benachbarten nationalen Großstaaten einverleibt werden können, allein weiterhin dauernd werden bestehen können oder nicht — die Schwierigkeiten dieses wirtschaftlichen Anpassungsprozesses lassen sich künstlich nur mit großen Kapitalinvestitionen überwinden; über deren Rentabilität, respektive Amortisationsfähigkeit wird die Zukunft Klarheit bringen, im allgemeinen scheint sie gegeben zu sein, wenn genug Kapital zur Verfügung steht.

Gegenwärtig sind die Versuche der Wiener Finanzkreise nicht uninteressant, die durch die Zerreißung des alten Wirtschaftssystems schwierig gewordene einheitliche Weiterführung von Großindustrien dadurch zu ermöglichen, daß die in den verschiedenen Nachfolgestaaten gelegenen Unternehmungen dieser Firmen in neutralen Gesellschaften oder im Wege von Holding-Kompagnien vereinigt werden. Die einheitliche Basis soll wiedererlangt werden, die in verschiedenen Staaten verteilten Erzeugungsstätten der Rohprodukte, Halbfabrikate und Fertigfabrikate sollen wieder mit ihrem früheren Handels- und Vertriebszentrum trotz staatlicher Abgrenzung vereinigt bleiben können und auch die komplizierten Finanz- und Steuerfragen, die Kreditbeschaffung sollen der unsicheren und ungleichmäßigen Wirtschaftsentwicklung der Sukzessionsstaaten entrückt werden. Z. B. gründete die Petroleum-Aktiengesellschaft vormals Fanto die Compagnie des Petroles in Genf, in welche ihre Bohranlagen in Polen und Rumänien, ihre Raffinerien in der Tschechoslowakei und Ungarn und das Zentralbüro in Wien als Apports eingebracht wurden, die Aktiengesellschaft der Fez-Fabriken und die Vöslauer Kammgarnspinnerei, in Zürich schweizerische Holding-Kompagnien, in welche ihre Aktien und aller Besitz in den verschiedenen Nationalstaaten eingebracht wurden. Große Speditionsfirmen sollen in englische Gesellschaften verwandelt werden, andere Verhandlungen schweben betreffs der Südbahn, der Eisenwerke, mehrerer Großbanken usw. Man sieht, die moderne Finanztechnik ist nicht

verlegen, den Überwirtschaftsstaat über die Länder des Donaubeckens aufzubauen.

Die größten Schwierigkeiten, zu normalen Handelsbeziehungen zwischen den Nachfolgestaaten zu gelangen, liegen in der täglich schwankenden Bewertung ihrer Währungen.

Die liquidierende Österreichisch-Ungarische Bank ist ausgeschaltet und kann nicht mehr regulierend eingreifen. Die heilsame Einwirkung, welche die Gründung der k. k. privilegierten Nationalbank im Jahre 1816, aus welcher die Österreichisch-Ungarische Bank hervorging, auf die allmähliche Gesundung der Staatsfinanzen ausübte, ist bis auf weiteres verloren gegangen.

Wie vor mehr als hundert Jahren durch den Übergang von Staatsnoten zu Banknoten die Sanierung des Staatskredites eingeleitet wurde, wurde in der Gegenwart durch den Übergang von Banknoten zu Staatsnoten in den Nachfolgestaaten der Staatskredit in seinen Grundfesten erschüttert — die in den Friedensverträgen vorgesehene Liquidierung der Österreichisch-Ungarischen Bank begegnet kaum überbrückbaren Schwierigkeiten, falls sie ordnungsgemäß vorgenommen werden soll — die Aufteilung des Goldschatzes, auf welchen die Aktionäre Anspruch erheben, ist kaum möglich, ohne bestehende Interessen zu verletzen. Ebenso bilden die Liquidierung der gemeinsamen Zentralen, die Regelung der Forderungen gegen das ehemalige k. k. Ärar usw., welche alle im engen Zusammenhange mit der Bankfrage stehen, ungeahnte Schwierigkeiten.

Allerdings steht die Geldinflation, die Papierflut von Milliarden hemmend jeder Ordnung entgegen, die altgewohnte solide Geschäftsführung der Banken versinkt in dem Strudel des Spekulantentums und der Neugründungen, die in allen Nachfolgestaaten wie Pilze aus der Erde schießen.

Banken.

	Böhmen, Mähren und Schlesien	Sonstiges Österreich	Alt-Österreich
1. Zahl der Banken:			
1881	18	39	57
1915	34	68	102

	Böhmen, Mähren und Schlesien	Sonstiges Österreich	Alt-Österreich
2. Summe d. Aktiven (Passiven) in tausend Kronen:			
1881	371.754	2,931.960	3,303.714
1915	4,504.495	19,356.521	23,861.016
Sparkassen.			
1. Zahl der Sparkassen:			
1881	143	192	335
1915	370	324	694
2. Zahl der Interessenten (Sparkassenbücher):			
1881	562.492	1,056.078	1,618 570
1915	2,033.929	2,679.578	4,713.507
3. Guthaben der Interessenten in tausend Kronen:			
1881	632.974	951.326	1,584 300
1915	2,866.252	3,806.719	6,672.971
Registrierte Spar- und Vorschuß-Vereine.			
1. Zahl der Vereine:			
1880	636	320	956
1912	4.985	7.138	12.123
2. Zahl der Mitglieder:			
1880	233.999	108.126	342.124
1912	847.018	2,067.629	2,914.647
2. Geschäftsanteile in tausend Kronen			
1880	25.514	17.514	43.028
1912	59.579	178.653	238.232
4. Spar- und Kontokorrenteinlagen in tausend Kronen:			
1880 [25])	222.214	45.588	267.802
1912	1,471.820	1,241.135	2,712.955
5. Gewährte Kredite in tausend Kronen:			
1880	366.204	191.596	557.800
1912	980.356	1,681.482	2,661.838

[25]) Spareinlagen.

Inhaltsverzeichnis.

I. Teil.

	Seite
Vorwort	IV
Einleitung	1
Bildung und Auflösung großer Wirtschaftsgebiete	3
Zollverein der Commonwealth of Australia	6
Zollverein der Vereinigten Staaten von Nordamerika	7
Deutscher Zollverein	9
Aufrichtung der Nachfolgestaaten	11
Bevölkerung:	
Allgemeines	16
Statistik	18
Verteilung des Grund u. Bodens	23
Auswanderung	25
Landwirtschaft:	
Statistik	28
Importbedarf an Mehl	30
Holzindustrie	36
Zuckerindustrie	39
Spiritusindustrie	40
Brauerei	41
Mühlenindustrie	42
Industrie	44
Bergbau:	
Kohlenproduktion	46
Wasserkräfte	48
Statistik	52
Eisen- und Metallproduktion	57
Rohölproduktion	59
Textilindustrie etc.	67
Verkehr:	
Allgemeines	72
Statistik	78
Bankwesen:	
Allgemeines	86
Statistik	86

Vita.

Otto Samuel Freiherr von Beck aus Großmeseritsch, Tschecho-Slowakei, wurde in Wien am 19. Dezember 1873, evang. A. B., als Sohn des bereits verstorbenen Großindustriellen Hermann Beck und dessen Gattin Amalie, geb. Žačk, derzeit Baden bei Wien, geboren.

Nach Absolvierung der Volksschule in Wien während der Jahre 1879—1884 besuchte er das Staatsgymnasium bei dem Piaristenkloster von 1885—1889, dann die Handelsakademie 1890—1893, später die Offiziersschule, und wurde 1894 zum Leutnant in der Feldartillerie ernannt.

Nach Verlassen des Militärdienstes wurden die Jahre 1895 bis 1897 mit Reisen, längerem Aufenthalt zur geschäftlichen Ausbildung in England, Frankreich, Holland, Ungarn usw. ausgefüllt, dann erfolgte 1898 der Eintritt in die väterlichen Fabriken. Seit 1903 Teilhaber derselben, widmete er sich dem Ausbau und der Organisation der Tuchfabrikation, verehelichte sich und entwickelte eine Tätigkeit in der Leitung der industriellen Korporationen.

1912 erfolgte dessen Ernennung zum Mitglied der Permanenz-Kommission zur Bestimmung der Handelswerte, später dessen Berufung zum Mitglied des Kuratoriums der Exportakademie, jetzt Hochschule für Welthandel, und seine Ernennung zum Mitgliede der Diplomprüfungskommission an dieser Hochschule.

1914 erfolgte dessen Einberufung in das k. k. Kriegsministerium und dessen Betrauung mit Agenden der Kriegswirtschaft, 1916 dessen Wahl zum Vizepräsidenten der Wiener Kommerzialbank, 1919—1921 dessen Immatrikulation an der Universität Basel und Beibringung eines Zeugnisses über eine Ersatzmatura.

Es wurden durch vier Semester die Vorlesungen und das Seminar der Herren Professoren Dr. Robert Michels, Dr. Julius Landmann, Dr. Stefan Bauer, ferner Dr. Karl Joël und Dr. Hermann Bächtold besucht und die vorliegende Dissertation unter Leitung der Herren Professoren Dr. Robert Michels und Dr. Julius Landmann verfaßt.